

Volksrecht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neua-Graupenstr. Nr. 5, durch die Zweigstelle: Hauptstraße 11/12, Postfach 110, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu erheben wöchentlich 2,00 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dresden 2**
Verlags- und Geschäftsstelle: **Ring 1206, Redaktion Ring 3142.**
Postfach-Konto: **Postfach-Amt Dresden, Nr. 5852.**

Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Tage 10 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 Zeilen 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verzeichnisse, Veranlagungs- und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr 11 Tage vorher, in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in der Zweigleitung abgegeben werden.

Luther-Gesfeler ohne Koch?

Die Ministerwünsche der Mittelparteien.

Die Deutschnationalen für Gesfeler.

In den Bemühungen Dr. Luthers um die Neubildung der Regierung, schreibt heute morgen die „Völkische Zeitung“: „Dr. Luther, obwohl er kein Parlamentarier ist oder gerade weil er kein Parlamentarier ist, hat leider nicht das Versehen eingeschlagen, sich seine Mitarbeiter zunächst selbst auszusuchen und den Fraktionen Vorschläge zu machen, sondern er hat die Fraktionen zunächst um ihre Wünsche befragt. Daraus ergibt sich, daß für einzelne Vortreffliches, insbesondere für das Innenministerium, gleichzeitig Anmelbungen mehrerer Parteien vorliegen, die miteinander in Konkurrenz treten.“

Die „Tägliche Rundschau“ versichert, es bestünde volle Einmütigkeit darüber, daß die Regierung der Mitte als eine festgeschlossene Koalitionsregierung ins Leben treten soll. Diese Ansicht legt voraus, daß man der Fraktionen im Kabinett eine stärkere Vertretung gibt als bisher. Sicher ist, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei Wert darauf legt, durch einen politischen Minister im Kabinett vertreten zu sein, der die notwendige enge Verbindung zwischen Kabinett und Fraktion aufrechterhalten kann.“ Das Blatt teilt dann mit, daß die Volkspartei das Innenministerium für den Abg. Curtius beantragt, daß die Demokraten wieder ihren Führer Dr. Koch wollen wollen.

Ziel umstritten ist auch diesmal Dr. Gesfeler. Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ legt sich, wie es der „demokratische“ Reichswehrminister verdient, lebhaft für Herrn Dr. Gesfeler ein. Die „Deutsche Zeitung“ Freitag-Abendausgabe und der „Waldenburger“ weisen bereits, daß wahrscheinlich noch ein letzter Versuch gemacht werden wird, Gesfeler zum Verbleiben im Kabinett zu bewegen.

Die beiden christlichen Gewerkschaftsführer, die den Mörder Schulz unterstützen.

Die Veröffentlichung des Berliner Polizeipräsidiums über die Hilfsgeber der Arbeiter-Organisation und einer christlichen Gewerkschaft zur „Verteidung“ des Fremdenführers Oberleutnant Schulz hat in der Öffentlichkeit das größte Aufsehen hervorgerufen. Man haben die beiden Hauptbeteiligten, die deutschnationalen Abgeordneten Behrens und Meier vom Zentralverband der Landarbeiter Erklärungen erteilt, die zwar in der Absicht, den Tatbestand möglichst zu verunkeln, abgegeben worden sind, die ihn jedoch nahezu restlos klärt.

Abg. Behrens bekennt zwar seine Mitwisserschaft an dem Plan, jagt die Verantwortung für Auszahlung und Quittierung des Betrages auf den Gerichtsassessor Platze, der ihn im unklaren über die Summe gelassen habe und geht mit einer eleganten Wendung darüber hinweg, daß er den übrigen Vorstandsmitgliedern des Zentralverbandes keine Kenntnis von der Sache gegeben habe.

Der deutschnationale Abgeordnete Meier aber hat sich durch seine eigene Erklärung selber erschlagen und seine Organisation als Unterhelferklasse für Fremdenführer und Hochverräter kompromittiert. Die Erklärung lautet: „Unabhängig von Vorgängen hat der Abgeordnete Meier sich bei Herrn v. Jengen bemüht, für die Verteidigung des Schulz die erforderlichen Mittel zu beschaffen.“ Seit März 1924 war Schulz als Organisator bei den Deutschen Landvolkgenossenschaften tätig, da er als tüchtiger Organisator empfohlen wurde. Als später über Schulz wegen der Klüftener Putschorgane ungünstige Urteile laut wurden, zog man über ihn Erfindungen ein. Die Auskünfte lauteten einwandfrei und günstig (!). Deshalb hat Meier nach Schulz' späterer Verhaftung sich um seine Verteidigung und Verpflanzung bemüht und Herrn von Jengen um Setzung von Geldmitteln für diesen Zweck ersucht.

Es wird also zugegeben, daß der Abgeordnete Meier die niedliche Summe von 5000 Mark, die für „Verpflegung“ und „Verteidigung“ zwecks immerhin reichlich bemessen scheint, locker gemacht hat. Schließlich berichtet Meier über die zweckentsprechende Verwendung der Gelder für den im Ergebnis seine Befreiung erwartenden „tüchtigen Organisator“ Schulz.

Der Hauptangeklagte der christlichen Gewerkschaften ist die ganze Angelegenheit immerhin etwas verärgert wie der beiden deutschnationalen Abgeordneten geworden. Bis jetzt hat sie ja jede Darlehensgewährung von Seiten des Arbeiterverbandes bestritten. Nun gibt sie eine Erklärung ab, derzu als sie die ganze Angelegenheit als einen „Kaschier“ der Gewerkschaften betrachte. Schließlich erklärt die Hauptangeklagte, daß sie, falls das Verhalten des Abgeordneten Meier gegen die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften verstoßen habe, selbstverständlich die notwendige Folgerung daraus ziehen werde, gegenüber Leuten, welche eine „Gemeinschaft mit Verbrechern nicht abzulehnen“ vermöchten.

Die neuen Fremdenführer-Verhaftungen.

Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Die von der Berliner Politischen Polizei in den letzten Tagen eingeleiteten umfangreichen Ermittlungs- und Fahndungsmassnahmen haben bisher befriedigende Ergebnisse gehabt. So ist es gelungen, zwei der Täter bzw. der Mittäterschaft dringend verdächtige Personen festzunehmen. Es handelt sich um den ehemaligen Leutnant Henning von Poser und den ehemaligen Oberfeldwebel Hermann Bock. Beide sind bereits

eingehenden Verhören durch die Polizei unterzogen worden, die dazu geführt haben, daß von Poser dem Vernehmungserichter vorgeführt werden konnte, der Poserfeste gegen ihn erlassen hat. In zwei der Fälle ist in der Aufklärung ein großer Schritt vorwärts getan, und es steht eine restlose Klärung demnächst zu erwarten. Auch hat sich bereits eine ganze Anzahl derjenigen Personen gemeldet, die als Zeugen zu den verschiedenen Mordfällen gesucht wurden. Einzelheiten über den Gang der Verhandlungen und deren Ergebnisse können jedoch, um den Gang der Untersuchung nicht zu stören, zurzeit noch nicht mitgeteilt werden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die Beziehungen zwischen Fremdenführern, deutschnationalen Abgeordneten und Arbeiterverbänden aufklärt.

Der Pfarrer als Denunziant der 12 ermordeten Arbeiter.

München, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht). Im Verlaufe des Mordprozesses wurde am Donnerstag die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Zwei aktive Polizeibeamte erklärten, sie hätten in der Verhaftung und Erschießung der Arbeiter nichts Unrechtes gesehen, wenn diese bewaffnet gewesen wären. Die Arbeiter hätten aber tatsächlich keine Waffen gehabt. Der Einzug der Regierungstruppen am 1. Mai sei in aller Ruhe erfolgt. Ein anderer Polizeibeamter hat keine Anhaltspunkte dafür, daß die erschossenen Personen Rotgardisten waren. Nach seiner Kenntnis seien es lauter brave Männer gewesen. Das gleiche bestätigt der Polizeibeamter von Verlach, der versichert, die Erschossenen seien keine radikalen Leute gewesen, dagegen seien die einziehenden Truppen sehr radikal vorgegangen und hätten verhaftet, was ihnen beliebt. Der Bürgermeister von Verlach beklagte, daß während der Rätezeit in Verlach alles ruhig gewesen sei. Die Erschossenen seien lauter Mehrheitssozialisten gewesen. Bei dem Einzug der Truppen habe er auftragsgemäß zur Waffenablieferung aufgefordert und dem sei Folge geleistet worden. Am 4. Mai seien dann zwei militärische Lastautos bei Pfarrer Hell vorgefahren. Nach längerem Aufenthalt im Pfarrhaus seien die Truppen mit einem Jettel, auf dem die Namen der später Erschossenen standen, zu ihm gekommen mit der Aufforderung, diese Leute heranzuschaffen. Er habe das aber abgelehnt. Ein weiterer Zeuge bestätigt, daß die Frau des Pfarrers Hell das Freikorps Lüchow in München um Hilfe angerufen habe. Der zweite Bürgermeister von Verlach spricht die Vermutung aus, daß gewisse Kreise zusammengearbeitet hätten, um die Arbeiter an die Regierungstruppen zu verraten.

Der katholische Pfarrer von Verlach schildert die Bejorgnisse seines protestantischen Kollegen während der „roten Gefahr“. Den erschossenen Hofmeister Ludwig bezeichnet er als einen „gefährlichen Linksradikalen und Hezer“. Pfarrer Hell schildert im Gegenfah zu den anderen Zeugen die Lage in Verlach von der Revolution bis zum Mai 1919 als sehr bedrohlich, besonders für die Geistlichen, weil sie nach dem Tode Eisners die Glocken nicht hatten läuten lassen. Ludwig habe als Vorsitzender des Arbeiterrates den ganzen Ort beherrscht. Er erklärt, daß seine Frau am 3. Mai nach München um Schutz telephoniert habe, worauf am nächsten Tage die Truppen unter Führung des Leutnants Pöhlitz nach Verlach gekommen seien. Pfarrer Hell gibt zu, diesem einige Namen der später Erschossenen genannt zu haben. Pöhlitz habe jedoch schon einen Jettel mit Namen bei sich gehabt. Nach der Erschießung der Arbeiter durch die Truppen habe gegen ihn, den Pfarrer, in Verlach große Erbitterung als Verräter der Arbeiter geherrscht.

Eine Entgegnung, die man sich merken wird.

Durch unanständigen politischen Ton sucht ein Artikel von Dr. Wolf in der „Schlesischen Volkszeitung“ fehlende Gedanken zu ersetzen. Wie viele andere Mittelparteiler ist der Verfasser außer sich, daß die Sozialdemokratie die Große Koalition und damit die den Mittelparteien bequeme Ordnung nach links abgelehnt hat. Er erklärt es für „undemokratisch“, wenn wir nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen (!), worüber wir nicht mit ihm streiten wollen. Weiter aber antwortet er auf die Aufrichtigkeit unserer Forderungen für die Erwerbslosen und anderen notleidenden Schichten, die die Volkspartei bekenntlich abgelehnt hat:

„Die Sozialdemokratie hat eben wieder einmal gezeigt, daß ihr die heillose Angst vor den Kommunisten und des Wohl ihrer Parteikritiker höher steht als die Interessen der von ihr angeblich besonders kräftig vertretenen breiten Massen des Volkes.“

Wie Herr Wolf sich einen Satz inhaltlich verteidigen will, während er unsere Forderungen zur Regierungsbildung und damit die wirklichen Gründe des Scheiterns der Koalition genau kennen muß, überlassen wir ihm. Die Reduzierung von der Angst vor der SPD. angeblich gerade in Schlesien, wo die SPD. fest nicht existiert, grenzt wohl an Komik. Die Form solcher Worte aber herabgesetzt wohl zu dem Urteil, daß Herr Dr. Wolf jede Tätigkeit abgibt, sich über größte Parteidemagogie zu lautiher politischer Aufklärung zu erheben. Eine Zusammenarbeit mit ihm persönlich wird dadurch von nun an, wenn keine Korrektur erfolgt, auch dann möglichst vermieden werden müssen, wenn sonst mit dem Zentrum in Preußen und vor Fall zu Fall etwa auch wieder einmal im Reich ein Zusammengehen möglich sein sollte.

Sozialdemokratischer Vorstoß für die Kurzarbeiter.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags stimmte am Donnerstag dem Antrag des Unterausschusses zu, das Gesetz über die Einbeziehung der Angestellten in die Erwerbslosenfürsorge am Freitag im Plenum des Reichstags in allen drei Lesungen zu verabschieden.

Dann sollten die noch unerledigten Anträge über die Kurzarbeiterunterstützung beraten werden. Die Vertreter des Reichsarbeits-, des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums gaben wiederum die bekannte Erklärung ab, vor der Bildung einer neuen Regierung keine Stellung nehmen zu können. Genosse Hoch wies diese dauernden Verschleppungsversuche mit Entschiedenheit zurück und erreichte, daß in die Beratungen eingetreten werden mußte. Genosse Nühäuser begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der obligatorischen Kurzarbeiterunterstützung, wonach Arbeiter, die weniger als drei Viertel ihres vollen Arbeitsverdienstes erreichen, 40 Prozent des Unterlohnes zwischen ihrem existenzfähigsten Verdienst und dem vollen Arbeitsverdienst zusätzlich 10 Prozent für jeden Familienangehörigen an Kurzarbeiterunterstützung erhalten sollen. Er widersprach den Einwänden, als würde der sogenannte Gesandungsprozeß der Wirtschaft dadurch aufgeschoben. Man könne nicht verlangen, daß die Kurzarbeiter für die Inflationsfinden der heimischen Industrie hungern sollen. Nühäuser forderte schließlich die übrigen Parteien auf, ihre noch vorliegenden Anträge gleichfalls zu begründen. Dem kamen jedoch nur der Abgeordnete Ziegler (Dem.) und Frau Teusch (Str.) nach, während die übrigen Parteien darauf verzichteten, auch nur noch zu dem von ihnen selbst im Dezember gestellten Anträgen zu sprechen. Frau Teusch wandte sich gegen die Ausführungen der Regierungsvertreter aus dem Reichswirtschafts- und dem Reichsfinanzministerium, die immer nur von der Tragfähigkeit der Unternehmungen sprachen und den Wert der menschlichen Arbeitskräfte für die Wirtschaft außer Acht lassen. Sie betonte auch, daß die Regierungsbildung von einer Lösung dieser brennenden sozialen Frage nicht zu trennen sei. Dr. Moldenhauer (D. Vp.) versuchte, alle Entscheidungen in der Sitzung zu verhindern und zu warten, bis die neue Regierung da ist. Schließlich gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach die neue Regierung aufgefordert wird, dem Reichstag schnellstens einen Gesetzentwurf zur Regelung der Kurzarbeiterunterstützung vorzulegen.

Bedeutlicher Jugend-„Schuß“.

Im Reichstagsausschuss zur Beratung des Gesetzes zum Schutz der Jugend bei Pubertätszeiten hat die Sozialdemokratie wiederholt darauf hingewiesen, daß sie die Verquickung von Maßnahmen des Kinder- und Jugendbüros mit solchen der Kulturpolitik ablehne, weil sonst das zu schaffende Gesetz allzu deutlich auf eine Einschränkung der weltanschaulichen und politischen Freiheit der Jugend hinauslaufe. Dennoch wurde am Donnerstag der von der Sozialdemokratie gestellte Antrag, Schulen und Jugendämter anzuweisen, für die Jugend gute Kino- und Theateraufführungen zu billigen Preisen zu veranstalten, abgelehnt. Ihr wahres Gesicht zeigte dann die Regierung, als ein zweiter Antrag der Sozialdemokratie, der besagt, eine Darstellung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungstendenz nicht verboten werden, angenommen wurde. Da erhob sich der Regierungsvertreter und erklärte: „Damit ist das ganze Gesetz erledigt.“ Aus dieser Äußerung wurde, wie Genossin Barm sofort untertrieb, klar ersichtlich, daß es der Regierung bei diesem Gesetz gar nicht auf den Schutz der Jugend vor sittenlicher, geistlicher oder gesundheitlicher Gefährdung ankomme, sondern nur darauf, eine Handhabe zu besitzen, die Jugend, sei es als Züchtler, sei es als Mitwirkende, von allen Veranstaltungen freiwirtschaftlichen Geistes fernzuhalten. Der Regierungsvertreter schmeigelte sich aus gegenüber dieser Feststellung, aber Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale eilten ihm zu Hilfe. Die bedauerliche, daß der sozialdemokratische Antrag bei dieser Auffassung der Regierung eine Mehrheit gefunden hätte. Der Regierungsvertreter gab dann, nachdem man zur Erklärung von dem Senat eine halbfrühdige Rede eingeschoben hatte, die Erklärung ab, daß nach seiner Auffassung das ganze Gesetz durch die Annahme des sozialdemokratischen Antrags erledigt sei. Sämtliche künftigen Parteien, auch die Demokraten, trüben nach dieser Regierungserklärung zusammen und Herr Kuntze von der Deutschen Volkspartei stellte den Antrag, die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag zu annullieren. Alle übrigen Parteien stimmten zu, froh ihre gegebene Zustimmung auf diese Art wieder zurückziehen zu können.

Damit ist klar geworden, daß auch dieses Jugendgesetz nichts anderes bewirkt, als eine Möglichkeit zu schaffen zur einseitigen Beeinträchtigung der Jugend in sittlicher und politischer Beziehung.

Der Parteivorstand hat den Parteiausschuss zur Beratung über die im kommenden nächsten Freitag im Plenum des Reichstags am 18. Januar nach Berlin berufene Konferenz in Berlin eine Arbeitssitzung der Beratung des Gesetzes

Wohnungsdebatte und Abstimmungen im Landtag.

Der Preussische Landtag führte am Donnerstag zunächst die Aussprache über das Wohnungsbauprogramm zu Ende. Im Verlauf der Debatte wurde von den Vertretern der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung die gemeinnützigen Bauvereinigungen angedeutet.

Herr Meyer-Sofingen (Soz.) wies darauf hin, daß der Krieg mit dem ungeheuren Ansturm an Wohnungsbau bis zu einer Willkür von Wohnungen naturgemäß zur Wohnungsnot zwangsbewirkt hätten führen müßte. Diese Lage habe dann in der Nachkriegszeit infolge der ungeheuren wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten erst recht bestehen bleiben müssen und sei auch jetzt noch eine Notwendigkeit. Wenn die Deutschnationalen heute erklären, daß sie die Hauszinssteuer ablehnen, so müßte man daran erinnern, daß doch gerade zur Zeit der Luther-Regierung, als die Deutschnationalen im Reich am Ruder waren und Herr von Schlieffen das Reichsfinanzministerium innehatte, durch den Finanzvergleich die Länder gezwungen wurden, einen unmaßstäblich großen Teil der drückenden Last der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf statt für den Wohnungsbau zu verwenden.

Die gemeinnützigen Bauvereinigungen werden die Handwerker nicht aus; dagegen haben die privaten Bauherren früher dem Handwerker übermäßig zugezogen. Zur Finanzierung müßten auch die Mittel der Sparkassen, wenn nötig durch Zwangsbeiträge, herangezogen werden. Die Sparkassen sollten nicht spekulieren, sondern den Häuserbau unterstützen. Das sei ihre volkswirtschaftliche und soziale Pflicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorschläge des Ausschusses für Wohnungs- und Heimstättenwesen über das Wohnungsbauprogramm werden angenommen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei, die Einlagen der Sparkassen nicht mit 40 Prozent, wie der Ausschuss vorschlägt, sondern nur mit 30 Prozent des Einlagebestandes für erste Hypotheken zu verwenden, wird abgelehnt.

Das Haus geht dann in die Beratung der Verordnung über die Grundbesitzsteuer. Die Vorlage, die bekanntlich das bisherige Grundbesitzsteuergesetz bis zum 30. September 1925 verlängert, wird mit dem vom Ausschuss beschlossenen Änderungen gegen die Rechtsparolen angenommen.

Dem Antrag des Beamtenausschusses auf Vorlegung eines Beamtens-Heimstättengesetzes nach Anhörung des Heimstättenamtes der deutschen Beamtenschaft stimmt das Haus ohne Aussprache zu. Dann werden in dritter Lesung die Beschlüsse zur Unterbringung der ehemaligen Seminarlehrer angenommen. Die sozialdemokratische Entschließung, die bei Befreiung der freien Stellen an den höheren Schulen in erster Linie Lehrerbildner heranzuziehen will, wird abgelehnt.

Herr Rosenschon (Soz.) gibt eine erschütternde Schilderung der katastrophalen Hochwasserkatastrophe am Rhein. Der rheinische Provinziallandtag schlägt den vorläufigen Schaden auf 30 Millionen. Weitergehende Vorbeugungsmaßnahmen müssen getroffen werden. Staudämme und Talperren sind notwendig.

Herr Schmidt (Dnt.) gibt der Reichspolitischen Kommission an der rheinischen Not. — Herr Gieseler (D. Vp.) räumt die Technische Reichsanstalt gegenüber sozialdemokratischer Kritik.

Nächste Sitzung Freitag: Gewerbesteuerfrage.

Die Bergarbeiterfragen im Reichstag.

In der fortgesetzten ersten Beratung des Entwurfes eines Gesetzes über Abänderung des Knappschaftsgesetzes gibt Herr Wamms (Dnt.) seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Bergleute sich im wesentlichen ihre alten Unterstützungseinrichtungen erhalten hätten. Die Familienversicherung müsse wieder eingeführt werden. Schwieriger sei die Entscheidung der Frage, wie der sogenannten „Leberversicherung“ vorgebeugt werden kann, dem Zusammenfallen verschiedener Renten über das gerechte Maß hinaus. Im Ausschuss werde die beste Lösung gesucht werden müssen.

Herr Dr. Woldehauer (D. Vp.): Bei der Durchführung der Familienfürsorge muß geprüft werden, an welcher Stelle die dazu notwendigen Ersparnisse gemacht werden können. Man muß versuchen, einen Weg zu finden, auf dem es möglich ist, ohne Kürzung der Altersrenten die Knappschaftsrenten nach Einführung der Familienfürsorge leistungsfähig zu erhalten.

Herr Schwan (Komm.): Regierung und Reichstagsmehrheit hatten den Bergleuten jahrelang schöne Versprechungen gemacht, aber nichts gehalten. Die Lage der Bergarbeiter ist geradezu trübselig.

Herr Schneider-Berlin (Dem.) bezeichnet die in der Vorlage vorgesehene Herabsetzung der Altersrente als zu weitgehend. Eine Änderung in der Regelung der Altersrenten werde sich nicht vermeiden lassen.

Herr Stör (Völk.) erklärt, daß sich seine Freunde gegen die Bestimmungen in der Vorlage wenden würden, die die Rechte der Bergarbeiter kürzen wollen.

Reichsarbeitsminister Brauns wendet sich gegen den Vorwurf, daß das Reichsarbeitsministerium mitverantwortlich sei für das Nichtaufbaldommen der Familienfürsorge. Nach dem

blühenden Recht habe die Knappschaft aber die Einführung dieser Mehrleistung zu entscheiden gehabt. Da die Anregungen des Ministeriums nicht beachtet worden seien, sei in der neuen Vorlage die Familienfürsorge als Pflichtleistung vorgezogen.

Die Vorlage wird dann dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Dann verlegt sich das Haus auf Freitag.

Das Recht auf Einsicht in die Steuerliste.

Bei der Veranlagung der Einkommen- und Vermögenssteuer kämpft jede Steuerbehörde einen aussichtslosen Kampf gegen die Steuerhinterziehung, so lange sie auf die Richtigkeit der Steuererklärung des Steuerpflichtigen angewiesen ist und keine wirksamen Mittel zu ihrer Nachprüfung hat. Um die Steuerbehörden in diesem Kampf mit den Steuerhinterziehern durch die Mitwirkung der breiten Öffentlichkeit unterstützen zu unterziehen, hat die Sozialdemokratie wiederholt die Offenlegung der Steuerlisten gefordert. Die bürgerlichen Parteien haben jedoch nie den Mut gehabt, auf diese Weise die Interessen der nichtbeitragenden Steuerzahler, die zugleich die Interessen der Allgemeinheit sind, zu schützen. Sie haben vielmehr auch bei der letzten Steuerreform den sozialdemokratischen Antrag abgelehnt. Statt dessen ist in letzter Stunde noch ein demokratischer Antrag angenommen worden, der an Stelle der öffentlichen Offenlegung der Steuerlisten den Steuerbehörden bei den Finanzämtern das Recht zur Einsichtnahme gibt.

Mit dieser neuen Bestimmung beschäftigt sich ein Erlass des Reichsfinanzministers vom 6. Januar, der zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Veranlagung innerhalb des Bezirks eines Finanzamtes folgendes bestimmt:

1. Sogleich nach Abschluß der allgemeinen Veranlagung innerhalb eines Steuerbezirks sind dem Steueraussschuss die Steuerlisten, aus denen die Veranlagungsergebnisse zu ersehen sind, vorzulegen, damit er das Ergebnis der gesamten Veranlagung nachmals nachprüft und feststellt, ob Unregelmäßigkeiten in der Befreiung vorliegen.

2. Daneben sind dem Steueraussschuss auch die Steuerlisten der anderen Bezirke nach Abschluß der Veranlagung vorzulegen, damit aus ihren Ergebnissen Rückschlüsse auf die eigene Veranlagung gemacht werden können.

3. Schließlich haben die Steueraussschüsse das Recht, auch schon während der noch laufenden Veranlagung die Einsichtnahme in Steuerlisten anderer Bezirke zu verlangen, um sich auf diese Weise über die Veranlagung gleicher oder entsprechender Berufsgruppen in anderen Bezirken zu unterrichten.

Diese neue Befugnis der Steueraussschüsse, Einsicht in die Steuerlisten zu verlangen, umfaßt jedoch nicht das Recht zur Einsicht in Bücher, Akten, Urkunden usw. Ob das Finanzamt diese Unterlagen den Steueraussschüssen zugänglich machen will, ist vielmehr in sein „pflichtmäßiges Ermessen“ gestellt. Diese Bestimmung bedeutet das Recht zur Einsichtnahme in die Steuerlisten deshalb hart ein, weil sich aus den Steuerlisten allein naturgemäß nicht übersehen läßt, ob eine Ungleichmäßigkeit der Veranlagung tatsächlich vorliegt. Aber auch in den Fällen, wo eine solche Ungleichmäßigkeit offenbar festgestellt werden kann, wird auf diese Weise den Finanzämtern die Möglichkeit gelassen, die als Veranlagung aufrecht zu erhalten, weil sie nach Inhalt der Akten gerechtfertigt ist.

Eine zweite wesentliche Einschränkung ergibt sich aus der Tatsache, daß die Mitglieder der Steueraussschüsse auch in Bezug auf die Befugnis zur Einsichtnahme in die Steuerlisten dem Steuergeheimnis unterliegen. Somit kann die neue Vorschrift in keinem Fall einen Ersatz für die öffentliche Kontrolle durch die Offenlegung der Steuerlisten darstellen.

Welchen tatsächlichen Einfluß die neue Bestimmung ausüben wird, dürfte in erster Linie nicht von ministeriellen Erlassen, sondern von der Haltung der einzelnen Ausschussmitglieder abhängen. Es kommt darauf an, daß einmal der Steueraussschuss auf Ausübung seines neuen Rechtes wirklich besteht und die Mitglieder des Steueraussschusses über ausreichende wirtschaftliche, kaufmännische und steuerrechtliche Kenntnisse verfügen, die sie in die Lage versetzen, dem Finanzamt gegenüber das Interesse der Öffentlichkeit wirksam zu vertreten.

Die Abfindung der „kleineren“ Landesväter im Rechtsausschuss.

Im Rechtsausschuss des Reichstages ließ die Reichsregierung am Donnerstag mitteilen, daß die Landesregierungen von der Abicht des Herzogs von Coburg, die ihm vom Reichsgericht zugewiesenen Ländereien durch ausländische Anleihen zu belassen, verhandelt worden sind. Die Reichsregierung selbst könne nicht eingreifen. Von dieser Auskunft war der Ausschuss nicht befriedigt, sein Wunsch geht vielmehr dahin, daß die Reichsregierung klarstellt, welche Schritte die Landesregierungen zu unternehmen gedenken, um eine Verzichtung der Coburgischen Ländereien zu verhindern.

Dann wurden die Verhältnisse in Anhalt erörtert. Dem Anhaltischen Herzogtum sind bei der Auseinandersetzung 1919 17.668 Hektar Grundbesitz überlassen worden, der aus den Schatzkassengütern bestand und dazu eine Geldabfindung von 6½ Millionen Mark. Eine Ansetzung dieser Vereinbarung ist bisher nicht erfolgt. Es scheint nur eine Auf-

wertungslage des Herzoglichen Hauses gegen den Staat wegen der Aufwertung der 10 Millionen, die der Staat aufgrund der Versorgungskasse der ehemaligen anhaltischen Hofbeamten gezahlt hat. Der Vertreter Anhalts erklärte, daß die Staatsregierung die Auseinandersetzung als abgeschlossen betrachte und keine Neuaufrollung wünsche. Im übrigen widerspreche sie einer rechtsgesetzlichen Regelung, ebensowenig wie Sachsen. Dieser Erklärung schloß sich auch der braunschweigische Gesandte an. Dann ging der Ausschuss zur Besprechung der Verhältnisse in Mecklenburg-Schwerin über. Hier ist die Auseinandersetzung im Dezember 1919 durch einen Abfindungsvertrag erfolgt. Neben Schließern und Grundbesitz wurde dem Großherzog eine einmalige Abfindung von 6 Millionen bewilligt. Sein Jahreseinkommen, das im Zeitpunkt der Abfindung 725.000 Mark betrug, wird bis zum Betrage von 150.000 Mark vom Staate garantiert, falls es durch Reichssteuern darunter sinken sollte. Verschiedenen Mitgliedern der großherzoglichen Familie sind außerdem Jahresrenten ausgesetzt worden. Nach einer Bestimmung des Abfindungsvertrages konnte der Großherzog binnen Jahresfrist die Uebernahme der in den Schließern befindlichen Kunstschatze durch den Staat gegen eine Entschädigung von 3½ Millionen verlangen. Er hat davon Gebrauch gemacht und später die Aufwertung der 3½ Millionen verlangt. Ein Schiedsgericht hat die Aufwertung auf 60 Prozent des Nennbetrages verfügt. Ueber die Vollstreckbarkeit dieses Schiedspruches schweben jetzt verschiedene Prozesse zwischen der großherzoglichen Familie und dem Staat. Der Staat betrachtet das schiedsgerichtliche Verfahren in diesem Falle als unzulässig. Die Gerichte haben bisher zu Ungunsten des Staates entschieden. Durch den Schiedspruch ist eine Teilsumme aufgewertet worden. Es handelt sich dabei um Aufwertung von 700 Prozent, die Genosse Dr. Rosenfeld als ungesetzlich bezeichnete, zumal der Betrag sofort zahlbar sein sollte.

In Schaumburg-Lippe ist die Auseinandersetzung durch einen Teilungsvertrag im Mai 1925 erfolgt. Für einige Kosten sind Aufwertungsansprüche geltend gemacht worden, über die noch nicht entschieden ist. Der Fürst von Schaumburg-Lippe, der jetzt im Ausland lebt, ist einer der reichsten deutschen Fürsten, er hat bei der Auseinandersetzung nicht nur sein gesamtes Haus- und Privatvermögen befallen, sondern noch ein Fünftel der gesamten Domänen und neun Zwanzigstel aller Forsten des Landes. Diese Feststellung reizt den Fürstenanwalt Dr. Goerling zu der Bemerkung, die großen Besitzungen des Fürsten in Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Ungarn seien größtenteils ohne nennenswerte Entschädigungen enteignet worden. Goerling zieht hieraus den Schluß, daß der Fürst für sein Leben im Ausland von Deutschland besonders gut bedacht werden muß. — Die württembergische Regierung bezog sich lediglich durch den Vertreter des Reichsinnenministeriums den vorliegenden Abfindungsvertrag überreichen und dem Ausschuss mitteilen, daß die Jubiläumsgeld des Reiches in dieser Frage ihrer Meinung nach nicht gegeben sei. (1)

Aus dem Reich.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages erörterte am Donnerstag vormittag zunächst den Fall des auch in Breslau bekannten deutschen Gelehrten Dr. Strauß-Sauer, der in Afghanistan festgenommen wurde, weil er einen Eingeborenen — nach deutscher Auffassung in Rotwehr — erschossen hatte. Afghanistan kennt jedoch nur die Tötung als Mord. Außenminister Dr. Stresemann betonte, daß das Auswärtige Amt es als seine Pflicht betrachte, unter allen Umständen das Leben des Forschungsreisenden zu sichern. — In der folgenden Aussprache über den Stand der Auswirkungen der Verträge von Locarno beteiligten sich die deutschnationalen Abgeordneten Fergt und Wallraf und der Zentrumsgewählte Raas, sowie der Reichsaussenminister.

Die „Kreuzzeitung“ von der „Deutschen Tageszeitung“ aufgelöst. In der Generalversammlung der „Kreuzzeitung A. G.“ wurden die Differenzen mit der Firma Otto Stollberg Kommanditgesellschaft durch einen Vergleich aus dem Wege geräumt. Es wurde ferner beschlossen, daß die „Kreuzzeitung A. G.“ mit der „Deutschen Tageszeitung“ eine Interessengemeinschaft einget. Das Aktienpaket der Kapitalinteressenten ist an die „Deutsche Tageszeitung“ übergegangen.

Kommunistische Arbeiter verurteilt. Am Dienstag und Mittwoch hatten sich in Jena 22 Arbeiter, die meistens der Kommunistischen Partei angehören, aus Eilenburg und Würzig unter der Anklage des schweren und einfachen Vandalismusbruches zu verantworten. Die Vorgänge, die zur Anklage führten, liegen über 2½ Jahre zurück. In der Zeit der Vorbereitung des Hilsenpöbels und der Erregung über den bevorstehenden Einmarsch der Reichswehr in Thüringen hatte eine größere Menschenmenge am Abend des 1. November 1923 eine Verammlung des Jungdeutschen Ordens gezwungen, die Jungmännern teilweise nach Waffen unterzucht, wobei es verschiedentlich zu Mißhandlungen kam. Gegen 13 Angeklagte wurden insgesamt 54 Monate Gefängnis verhängt, 3-10 Monate gegen die einzelnen Angeklagten. 9 Angeklagte wurden freigesprochen. — Wertwüthig, wie selten entsprechende Beurteilungen gegen falsche Ausdeutungen von rechts her sind, die — wie die Zahl der Ermordeten links beweisen — viel häufiger und meist schwerer sind!

Einß.

Kommen von Lawrence S. Desherra.

3) Aus dem amerikanischen Manuskript übertragen von Germania Jaz Röhlen.

Defia Bright besuchte den Hof des Argles. Alles, was Kunst und Schönheit in allen Jahrhunderten geschaffen hatten, wurde das geräumige Zimmer, das fast ein Saal genannt werden konnte. Die Räume waren mit herrlichen Gemälden tapeziert, mit schönen Gemälden geschmückt, mit Bildern, die nur an die guten Dinge des Lebens gewöhnten, jeden Mißklang sorgfältig verdrängen.

Das breite Bett in der einen Ecke war aus Rosenholz, ebenso die übrigen Möbel. Auf dem großen Toiletentisch mit dem wuchtigen Kristallspiegel standen goldene Dosen und Behälter, auf einem kleinen Marmorsockel neben dem Tisch glänzte eine große goldene, ganz mit Diamanten besetzte Dose.

Ein zartgezeichnetes Gebirgsbild hing über dem Kopf des Bettes. Dieses Bild zeigte einen Haia. Die Beden waren aus rotem Marmor mit den Füßchen eingetaucht, rings um Räume und hübsche Stühle, die gemalteten Blumenmuster waren von Holz aus Eisen, so daß man sich leicht von einem Stuhl zum nächsten bewegen konnte. Die Räume waren mit Teppichen bedeckt, die den Boden mit einem weichen, warmen Teppich bedeckten, so daß man sich hinter den Rücken und Füßen ein großes Kissen, in dem weiche Kissen und Kissen lag. Die Räume waren mit Teppichen bedeckt, die den Boden mit einem weichen, warmen Teppich bedeckten, so daß man sich hinter den Rücken und Füßen ein großes Kissen, in dem weiche Kissen und Kissen lag.

In diesem Raum lag Defia Bright die Tochter des Hauses. Sie war nicht weniger schön als ihre Mutter. Sie trug ein weißes Kleid, das sie mit dem Namen ihres Vaters bedeckte. Sie war nicht weniger schön als ihre Mutter. Sie trug ein weißes Kleid, das sie mit dem Namen ihres Vaters bedeckte.

Der große Spiegel war in ein Spiegelglas verwandelt worden. Die Tische standen auf dem Boden. Fresken an den Wänden zeigten eine alte Frau und einen jungen Mann, der auf dem Boden mit einem Kissen lag. Der Glanz des Saales wurde durch das Nebenzimmer. Der Saal war ein großer Saal mit einem hohen Decken. Die Tische waren mit einem weichen, warmen Teppich bedeckt, so daß man sich hinter den Rücken und Füßen ein großes Kissen, in dem weiche Kissen und Kissen lag.

Das mit ihrer Schönheit war Frau Defia Bright zu vergleichen. Unter wenig und oben nichts. Gatte Herr Bright mit seinen beiden Töchtern. Defia Bright war ein großer Saal mit einem hohen Decken. Die Tische waren mit einem weichen, warmen Teppich bedeckt, so daß man sich hinter den Rücken und Füßen ein großes Kissen, in dem weiche Kissen und Kissen lag.

Die Diener, die beim Dinner erschienen, waren teils als Maîtres, teils als Estimos gekleidet. Es war etwas schwer zu verstehen, was die Estimos zu befehlen; einige der freien Amerikaner waren aber sehr geschickt, sich als Köche einer „amerikanischen Küche“ herzugeben zu lassen. Aber schließlich war es doch gelungen, genügend Estimos aufzutreiben.

Nach der Kaffeepause hatte, durch eine heftige Sorge verurteilt, eingewilligt, sich unterwerfen. Der Herr Bright war ein großer Saal mit einem hohen Decken. Die Tische waren mit einem weichen, warmen Teppich bedeckt, so daß man sich hinter den Rücken und Füßen ein großes Kissen, in dem weiche Kissen und Kissen lag.

Frau Bright durch etwas vergällt — und dieses etwas hieß: Eitel.

Seitdem sie erwachsen war, bereite Eitel ihrer Mutter bittere Sorgen. Wenn man die Tochter eines der reichsten Häuser der reichsten Stadt der Welt ist, so kann man doch wahrlich mit seinem Los zufrieden sein und braucht nicht wie ein verurteilter, verurteilter Hund durch die Welt zu laufen, mit großen erschöpfenden Augen und einem halb traurigen, halb höhnischen Ausdruck im Gesicht. Auch soll man sich für seine Schönheit, für Klugheit und Schmutz interessieren, nicht aber sich anzusehen wie „irgendjemand“. Daß Eitel gerne las und sich sogar an „ernste“ Lektüre heranwagte, wäre ja nicht so schlimm gewesen; es gab eine Menge Lektüre aus guten Familien — bei Frau Bright hing die gute Familie bei drei Millionen Dollars an — die allerlei fabelhaften, Geschichte, Kunst, Musik, in letzter Zeit auch Psychoanalyse —, aber was hat eine junge Dame mit Nationalökonomie und sozialen Fragen zu schaffen, mit Dingen, die nur rote Kapitalisten etwas angingen? Und schließlich hatten sie nicht das Recht, sich damit zu befassen, sonst würden sie nicht so oft von einer väterlich besorgten Regierung eingekerkert worden sein. Seitdem Eitel berartige Schriften und Bücher las, war mit ihr überhaupt nichts mehr anzufangen. Wäre das Mädchen häßlich, so hätte man sein Verhalten und seine Einstellung ja noch begreifen können. Defia Bright fertigte tief als sie an den jungen Daniel Halberman dachte, weshalb wollte Eitel ihn nicht heiraten? Er war ein schöner Mann, Besitzer einer großen Automobilfabrik, Mitglied der Better America Federation. Die arme Frau Bright hatte in der Unruhe ihre Herzenslehre Eigenhaftigkeit des jungen Mannes angefaßt, um ihn Eitel zum Partner zu machen. Herr Halberman interessierte sich ebenfalls für soziale Fragen, er gehörte einer Vereinigung an, die allen Mißständen entgegenwirkte.

„Wohin Vereinigung?“ fragte Eitel.
„Der Better America Federation.“
Das Mädchen lachte laut auf: „Dieser Kasperhaas? Diesen Häubchen? Diesen Gewerkschaftsgeräten?“
„Eitel! Wie kannst du so sprechen! Du weißt doch, daß alle vernünftigen Arbeiter Bewunderer sind, die uns alles fortnehmen wollen. Hörst du doch deinen Vater unglückliche Worte sagen, daß nur die offene Herlichkeit Amerika und die ganze Welt retten kann.“

Ein Plan zur Kohlensozialisierung in England.

London, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Kohlenkommission war es am Mittwoch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation im Bergbau, Williams, und dem Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, Herbert Smith, gekommen, der sich gegen die Umgehbarkeit wandte, daß zwar die Ausschüttung von 8 Millionen Pfund Sterling jährlich an die Unternehmernorganisation von dieser nicht beantragt werde, dafür aber die ohnehin niedrigen Bergarbeiterlöhne weiter gesenkt werden sollen.

Die öffentlichen Verhandlungen der Kohlenkommission erreichten ihren Höhepunkt in der Donnerstags-Sitzung, in der Professor Lawney von der Universität London im Namen des Bergarbeiterverbandes den Plan der Bergarbeiter für die Reorganisation der Industrie überreichte. Die Denkschrift der Bergarbeiter enthält dadurch eine besondere Bedeutung, daß sie nicht nur den Vorschlag der Bergarbeiter darstellt, sondern auch die Billigung des Generalrats der Gewerkschaften, der Exekutive der Arbeiterpartei und der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei gefunden hat. Das wesentlichste Merkmal des ausgearbeiteten Planes ist, daß er sich nicht nur auf eine Umwidmung und Nationalisierung des Kohlenbergbaus beschränkt, sondern eine Zusammenfassung der gesamten Kraftunterlagen der britischen Wirtschaft vorsieht. Zur vorläufigen Durchführung dieses Planes sind eine Reihe von Körperlichkeiten vorzusehen, denen die Gesamtleitung übertragen werden soll: Eine Kraft- und Transportkommission, der die Kontrolle über die gesamten Kraftanlagen und Transportorgane der Wirtschaft unterliegen soll; ein Produktionsrat, dessen Aufgabe die Schaffung der besten technischen Organisationen ist; ein Konsumentenrat und eine Kohlenausfuhrkommission. In der Vorrede betonte Professor Lawney, daß diese Zusammenfassungen keineswegs eine Sozialisierung im familiären Sinne dieser Organisationen unterstehenden Industrien bedeuten, daß sie aber ein Minimum bürokratischer Kontrolle mit einem Maximum an Wirtschaftlichkeit verbinden würde.

Es handelt sich also um eine „Kohlensozialisierung“, wie sie in der unvollkommenen Form, ohne genügende Vertretung der Konsumenten für die deutsche Kohlenindustrie schon besteht, ohne aber wie ein Kartell der Privatindustrie zu wirken.

Der Steuerkampf im französischen Parlament.

Paris, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) In der Finanzkommission der Kammer ist es am Donnerstagabend nach der entscheidenden Abstimmung zu einem Zwischenfall gekommen. Nachdem die Kommission einen Antrag des rechts stehenden Radikals, der unter Hinweis auf die gegenwärtige Höhe der direkten Steuern forderte, daß die erforderlichen Mehreinnahmen aus neuen Verbrauchs- und Verbrauchsabgaben gewonnen werden, abgelehnt und den sozialistischen Gegenantrag angenommen hatte, während er das Ergebnis der direkten Steuern durch Verbesserung der Verzinsung und Erhebung von Steuern will, verließ die Minderheit des Ausschusses den Saal mit der Begründung, daß die Haltung der Linksparteien ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich mache.

Der Senat wählte am Donnerstag mit 218 gegen 234 abgegebene Stimmen seinen bisherigen Vorsitzenden de Selves wiederum zum Senatspräsidenten.

Rücktritt der österreichischen Regierung.

Wien, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat beschloß am Donnerstag, wie bereits angekündigt, den Gesamtrücktritt der Regierung mit der Begründung, daß die Bundesregierung seinerzeit von der Möglichkeit der politischen Parteien des Nationalrates mit der Aufgabe gewählt worden sei, das Genfer Programm durchzuführen. Diese Aufgabe sei erledigt und damit habe die Regierung ihr Programm erfüllt.

Wien, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die verfassungsmäßige Wahl der neuen Regierung durch den Nationalrat erfolgt heute, Freitag. Entsprechend der Zusammenziehung wird auch die neue Regierung aus Christlich-Sozialen, Großdeutschen und vielschichtig auch aus einem Landländer bestehen, die eine unbedingte Mehrheit haben. Nachfolger Dr. Matajas im Außenministerium wird der bisherige Sektionschef Peter, Finanzminister wird der Hausbesitzerkandidat Bürgermeister Kollmann, als Landwirtschaftsminister ist der Tiroler Andreas Thaller in Aussicht genommen. Die übrigen Minister werden voraussichtlich in ihrem Amte bleiben, so vor allem auch der reaktionäre Minister für Heereswesen, Rauggoin.

Kompromittierung der nächsten Freunde Hortihs.

Budapest, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der französische Gesandte, der am Mittwoch aus Paris nach Budapest zurückgekehrt ist, wurde am Donnerstag mit tag im Auftrage seiner Regierung bei dem Ministerpräsidenten Graf Bethlen vorstellig, um die Erklärung abzugeben, daß die französische Regierung die Untersuchung über die Fälschung französischer Landbanknoten keineswegs als erledigt betrachte. Sie erwarte vielmehr von der ungarischen Regierung, daß die Untersuchung auch nach der Richtung hin ausgedehnt wird, von welchen Persönlichkeiten die Pläne zu den Fälschungen letzten Endes ausgegangen sind. Dabei teilte der Gesandte dem Ministerpräsidenten eine Reihe von Namen mit, die der französischen Regierung als in Frage kommend bekannt geworden sind, auf die sich aber die offizielle ungarische Untersuchung bis jetzt nicht erstreckt hat. Bei diesen Personen soll es sich um Leute aus der ersten Umgebung Hortihs handeln. Genannt werden sein Diplomat Nagas, der Chef der Kabinetskanzlei Bartha und die bekannten rechtsradikalen Magg, Gombás und Ulan. Der französische Gesandte hat dem Ministerpräsidenten das Beweismaterial der französischen Regierung für die Fälschung dieser Banknoten aus der ersten Umgebung des Staatspräsidenten ausgestellt.

Gerüchteleweise verlautet, daß der persönliche Adjutant Hortihs bereits zugegeben habe, über die Herstellung des Fälschendes unterrichtet gewesen zu sein. Auf Verlangen des Ministerpräsidenten habe er sofort einen Koffer mit falschen französischen Banknoten aufbewahrt.

Budapest, 15. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag wurde im Zusammenhang mit den Notenfälschungen auch der Generaldirektor der Postparafalle, der zugleich Vorsitzender des „Verbandes der gesellschaftlichen Vereinigungen“ ist, seines Amtes enthoben. Es wird ihm zur Last gelegt, aus dem Fonds seines Verbandes Geld für die Fälschungen zur Verfügung gestellt zu haben. Die dem Verband sind 47 rechtsradikale Vereinigungen des Landes angeschlossen. Der im Zusammenhang mit den Fälschungen bereits vielfach genannte Feldbischof Jadravac, der oberste Vorgesetzte der Militärgeistlichkeit Ungarns, ist am Donnerstag in seiner Wohnung unter polizeiliche Bewachung gestellt worden. Es scheint nunmehr einwandfrei festzustellen, daß er längere Zeit in seiner Wohnung mindestens eine Kiste mit Frankennoten aufbewahrt hätte.

Zum Prozeß Grans in Hannover.



Der Helfershelfer des Massenmörders Haarmann, Grans, steht gegenwärtig in Hannover erneut vor Gericht. Haarmann hat seine Feindschaft Grans, der ihm regelmäßig die Opfer zuführte, des Nordes bezeugt, in einem Briefe aber Grans als unschuldig bezeichnet. Da Grans bereits zum Tode verurteilt war geht es jetzt im Wiederaufnahmeverfahren endgültig um den Kopf des fünfundsiebenzigjährigen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Ein skandinavisches Skizzen. Zwischen dem dänischen Gesandten in Stockholm und dem schwedischen Außenminister Lindén ist am Donnerstag in Stockholm ein schwedisch-dänischer Schiedsvertrag umfänglichster Wirkung unterzeichnet worden. Der Vertrag will jede Anwendung von Gewalt und den Krieg zwischen den beiden Ländern ausschalten. Alle Streitigkeiten, juristische wie politische, sind durch Verhandlung oder Schiedsgericht beizulegen. Juristische Streitigkeiten müssen direkt dem schwedischen Gerichtshof überwiesen werden, dessen Entscheidung unbedingt gilt. Politische Streitigkeiten sind einer Schiedskommission zu überweisen, deren Vorsitzender ein Schwede ist. Endgültig entscheidet auch in politischen Streitigkeiten der Hoogerichtshof, wenn die Schiedskommission sich nicht einigt. Der Vertrag tritt nach Ratifikation in Kraft und hat für 20 Jahre Geltung. Er läuft automatisch weiter, wenn er nicht zwei Jahre vor Ablauf gekündigt wird.

Argentinien kommt wieder in den Böhmerbund. Der Vertreter Argentiniens im Sachverständigenausschuß für die Vereinfachung des internationalen Rechts, Professor Suarez von der Universität Buenos Aires, hat gegenüber einem Vertreter der Schweizerischen Delegation die Überzeugung ausgedrückt, daß sein Land bald wieder aktiv im Böhmerbund mitwirken werde. Die argentinische Delegation hatte sich bekanntlich im Jahre 1921 wegen Nichtannahme eines von ihr gestellten Antrages von der Böhmerbundversammlung zurückgezogen und das Land hat sich seither nicht mehr in derselben vertreten lassen. Eine Rücktrittserklärung Argentiniens aus dem Böhmerbund war jedoch nie erfolgt. Argentinien ist eine der unabhängigen unter den Republiken Südamerikas und hat auch eine starke sozialdemokratische Bewegung.

Ein Bischof gegen kurzfristigen Massenegoismus. In einer Zuschrift an die Presse erklärt der Bischof von Pretoria, nach langjähriger Prüfung sei er zu der Überzeugung gekommen, daß die geplanten Gekochtenwörter Sanktionen gegen ostafrikanische Einwanderer einen Zweck des Übereinkommens bedeuteten, das zwischen dem früheren Premierminister Smuts und dem indischen Führer Gandhi geschlossen worden sei. Nach seiner Ansicht sei ein solcher Wortbruch Sündworte geeignet, das Mißtrauen gegen die Zuverlässigkeit der Zusicherungen der Europäer zu verstärken, das sich bei allen nördlichen Völkern festgesetzt habe und sich weiter ausbreite. Es bestehen nach seiner Ansicht keine Einwände gegen eine Gesetzesvorlage, die die unkontrollierte Kontur des indischen Handels einzuschränken zum Ziele hätte. Jedoch müsse der vorliegende Entwurf, der auf einer Untercheidung zwischen weißen und farbigen Völkern aufgebaut sei, als eine unzulässige Bedrückung angesehen werden.

Aus aller Welt.

Franz Werfel erhält den Grillparzerpreis. Das Wiener Kreisgericht hat den von Grillparzer gestifteten Preis dem Dichter Franz Werfel einstimmig zuerkannt.

Josef Sulzer gestorben.

Gestern mittags ist der Wiener Altmeister für Kostümkunde, Professor Josef Sulzer, im 70. Lebensjahre gestorben. Er war der Sohn des bekanntesten jüdischen Synagogentemporebau der neueren Zeit, Abraham Sulzer.

Eine eigenartige Jant,

die sogenannten „Schliffgesellschaft“, stand kürzlich in Dresden wegen Totschlags vor dem Schwurgericht. Im Bauern- und Zimmerleuten gewisse Gruppen und Orden, die im Volksmund „Schliffgesellschaft“, „Schwarzschliff“ und „Rotschliff“ heißen. Ihnen gesellten sich im Jahre 1924 die „Schliffgesellschaft“, die sogenannten „Freien Vogelländer“, hinzu. Zwischen ihnen und den Schliffgesellschaften besteht seit alter Zeit eine feste Feindschaft. Bei den Schliffgesellschaften muß sich jeder Angehörige verpflichten, drei Jahre auf Wanderschaft zu gehen, die Vogelländer kennen dagegen diesen Zwang nicht und haben daher einen größeren Zulauf. Deswegen kam es schon in verschiedenen Städten Deutschlands, so kürzlich auch in Dresden, zu blutigen Zusammenstößen. Als eines Abends das Gerücht über die Zimmerplätze ging, die „Vogelländer“ seien mit Knotenstücken und Keulen auf die Vogelländer zugehen, eilten die „Rotschliff“ mit Unterstützung der „Schliffgesellschaft“ auf den Festplatz und stürzten sich in eine Schlägerei mit den „Vogelländern“, in deren Verlauf deren „Mitgeselle“ tödlich verriet, ins Herz gestochen, zusammenbrach. Vier „Rotschliff“ wurden verhaftet und nun vom Gericht zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Es wäre Zeit, daß die Zimmergesellschaften mit diesen vorfindlichen Gebräuchen, die jetzt wieder ein Menschenleben gekostet haben, ein Ende machten!

Ein Antisemitismus ausgerissen?

Der Hauptbeschuldigte im Vorläufer des kommenden großen Antisemitismusprojektes, Richard Holzmann, hat es vorgezogen, zu der Hauptverhandlung vor dem Landgericht Berlin nicht zu erscheinen. Er ist seinerzeit auf Grund seiner geschwächten Gesundheit aus der Untersuchungshaft entlassen worden und hat sich zum Kuraufenthalt in ein Sanatorium nach Dresden begeben. Nunmehr hat das Gericht beschlossen, ihn an Gerichtsstelle vorzuführen zu lassen.

Der Jesus wieder tätig.

Das Observatorium auf dem Berg Teide amlich mit, daß die Tätigkeit des Bewus, die am 4. Januar begann, beendet ist.

Ein Notruf aus dem Pazifik.

Die Kieler Rüstungskommission fing gestern nachmittags eine Funkdepesche des vom Eise eingeschlossenen Frachtdampfers „Laura Runkmann“ auf, in der es heißt: Vorhandene Lebensmittel reichen nur noch vier Tage. Wir sind bis jetzt noch von keine Fluggesellschaft aufgenommen worden. Erbitten dringendste Hilfe. „Laura Runkmann“ 28,5 Grad Länge, 60,1 Grad Breite, Zeit 6,30 Uhr abends. Die Funkdepesche war für Kronstadt bestimmt und man nimmt an, daß dem isolierten Schiff im Laufe des heutigen Tages Hilfe gebracht wird.

Der Keine Robinson in der iurafrikanischen Wüste.

Eine Kavalleriepatrouille der Roten Armee in Turkestan hat auf einem Erkundungszug in der Wüste bei Karabakaja eine seltsame Entdeckung gemacht. Die Soldaten bemerkten in der gänzlich unbewohnten Gegend einen etwa zwanzigjährigen Knaben, den sie anriefen und weil er entsetzt wollte, festnehmen. Es hat sich herausgestellt, daß dieses Kind vor mehreren Jahren von einer durch die Wüste ziehenden Karawane verloren worden war. Der Knabe hatte in der Wüste eine Art von Robinson-Baum gelehrt, sich von Beeren, Kräutern und dergleichen ernährt und in Höhlen gelebt. Er war dabei vollständig verwildert und konnte sich in keiner Sprache ausdrücken. Er ist jetzt in einem Kinderheim untergebracht worden.

Das Grubenunglück in Oklahoma.

Jede Hoffnung, einige von den 98 in der Grube bei Oklahoma verschütteten Bergleuten noch am Leben zu finden, muß laut IWB. leider aufgegeben werden. 63 wurden schon als Leichen gefunden.

Bei einem Hotelbrand

in Ferridach bei Newport kamen acht Personen ums Leben. Das Feuer griff auf die nebenliegenden Gebäude über. Verschiedene Personen, die sich durch Sprung aus dem Fenster retten wollten, erlitten ernste Verletzungen.



Den
Anspruchsvollen

bringt „4711“ Rasier-
Seife Erfüllung! Alle
Möglichkeiten erfüllt
sie: rascher, weich-
flockiger Schaum; ein
leichter Weg der Klin-
ge; glatte, reine Haut!

Nur echt mit der gen. post.
„4711“

**4711 Rasier-
Seife**

Das Gespräch des Tages!



MENSCHEN UND
SCHIFFE IN DER
KAISERLICHEN
FLOTTE

VON
L. PERSIUS
KAPITAN ZUR SEE

Gebunden 3,75 Mark

Zu beziehen durch
Buchhandlung Volkswacht,
Breslau 3, Neue Grapenstraße 5.

Druckerei Volkswacht
Ausführung aller Druckarbeiten
Breslau 2, Blumstraße 4-6

Lebensmittel-Großhandlung Max Schönfelder

Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Die ohnehin kostlose wirtschaftliche Lage wird durch die strenge Kälte mit ihren unausbleiblich begleitenden Erregungen und Ungeressenen gesteigert. Ich betrachte es daher als ein Gebot der Stunde

**wichtige Lebensmittel
des täglichen Bedarfs**
bei nur guten und besten Qualitäten, so überteuert wie nur irgend möglich feil zu halten und offeriere aus der reichhaltigen Auswahl meines Lagers:

Hallenfrüchte und Mühlenfabrikate.

| | per Pfund |
|---------------------|------------------|
| Bruchreis | 0.18 |
| Vollreis | 0.22 |
| Ungarischer Reis | 0.25 |
| h. Tafelreis | 0.28 |
| Polina-Reis | 0.33 |
| Kronen-Polina-Reis | 0.40 |
| Rosolina-Reis | 0.45 |
| Vittoria-Größen | 0.18 |
| bis allergrößte | 0.22 |
| bis. geschälte gr. | 0.38 |
| Gruppen | 0.24, 0.28, 0.30 |
| Wiener Grieß | 0.26 |
| Linjen, neuer Ernte | 0.40, 0.45, 0.60 |

Backstoff-Artikel

| | |
|---------------------------------------|----------------------------|
| Pflaumen, tiefgeschwarz und zuckerrig | per Pfund 0.40, 0.45, 0.50 |
| Pflaumen, kalifornische | per Pfund 0.50, 0.80, 1.10 |
| Pflaumen, ohne Kern | per Pfund 0.89 |
| Ringäpfel, schneeweiß | 0.60 |
| Kalifornische Apfelsinen p. Pfd. | 1.40, 1.60 |
| bis. Sirnen | 1.10 |
| bis. Pfeife | 1.10, 1.20 |
| Kranzäpfel | 0.40 |
| Sultanäpfel | 0.70 |

Melange-Deij

per Pfund 0.40, 0.60, 0.80, 1.00
Spezialität zum Schmelzen, Himmelreich
per Pfund mit 0.60

Butter- und Fettwaren
sind im Preise wieder steigend, dessen ungeachtet verkaufe ich

allerbeste Schmelz-Molkerei-Butter
per Pfund mit 1.70

Pa. Pa. Sibirische Meierei-Butter
per Pfund mit 1.60

Margarine in Blöcken, nur schneeweiße
Marke, p. Pfd. 0.60, 0.68, 0.75 bis 1.00

Meine Spezialität

Margarine

Marke „Goldene Welle“
ist als allerbeste, ungezogene

Landbutter-Erlag
anzupreisen und kostet
das Pfund nur mit 0.68

Hindertalg per Pfd. 0.65
Rotes Fett in 500 gr Tafeln 0.67
Prima Schweinefett
bestes amerikanisches 0.88

Fleisch- u. Würstwaren
Durch eine neuerschlossene, leistungs-
fähige Fabrik bieten ich heute als sehr
vorteilhaft an

Seberwerk mit Fettstücken per Pfd. 0.50
Schleckerwerk 1.20
Prehwerk (Hausmacherart) 1.50

Ferner meine Spezialität

Holsteiner Dauerwurst
das Pfund zu mit 1.50 und 1.60

Bierwurst per Pfd. 2.20
Delikatess-Bierwurst 2.00
Thüringer Fleischwurst 2.20
Berliner große Fleischwurst 1.80
Jagdbrat 1.80
Wurstbällchen 1.80

Käse-Sorten

Schweizer Käse in geradezu delikater,
sehr saftiger und großgelochter Qualität
per Pfund mit 1.60

Emmentaler Käse, festig, mild per Pfd. 1.10
Alpkäse u. Pfd. 1.00 u. 1.40
Gouda-Käse 1.50
Stanger Käse 2.20
Stanger Käse, herrliche Sorte 0.60
Gammelformer Schmelzkäse
ungeeignet, per Schachtel 1.25
Sommerheller Schmelzkäse
6 Stück per Schachtel 1.30

Mein jüngstes Angebot in Sardellen
hat meine Erwartungen nicht getrübt,
weil ich das selbe wiederhole:

Holländische Import-Sardellen
beste Ware, halbfertig eingelegt
per 1/2 Pfund Glas mit 1.25

Prima Brabanter Sardellen
feiner, aromatischer Geschmack
per 1/2 Pfund Glas mit 1.30

Beide Sorten werden mit 10 Pf. zu-
rückgenommen.

Bei Einkäufen von
Seife, Frische- und Pulver-Reserven
biete ich meine **Konzern-Preise**
in meiner **Verkaufsstelle**
zu beachten. Es kommen nur beste
Sorten u. vorname Marken zu Verkauf.

**Seife u. Pulver nur 10 Pf. zu-
rücknehmen.**

Stahling
Soeben konnte ich einen großen Posten
Italienischer Schmelz-Käse
abholen, den ich mit 1.20 per Pfd. 1.00
mit nur mit 1.20 verkaufen werde.

Die größten Schlager

**Damen- und
Kinder-Bekleidung**

Cheviotkleider

marineblau, reine Wolle, langer
Arm, entzückend verarbeitet
m. Treppen u. Knopfgarn. St. 5.95

Schottenkleider

großes Mustersortiment mit
langem Arm, mit Gürtel St. 6.50

Frottekleider

in verschiedenen Ausführung, zum
Teil mit Bubikragen und
Fallenverarb. Stück 5.95 3.95

Sportflanellblusen

feine, helle u. mittelfarbige
Streifen. Stück 3.95, 2.95 1.95

Frauen-Velourblusen

schwer Qual., dunkelschöne
Streifen. Stück 3.95 2.95

Kasaks

aus hellen u. mittelfarbigen
Sportflanellen und Velour Stück 4.95 3.95

Schottenkasaks

moderne Farbenstellungen, ent-
zückend verarbeitet, mit Seidenband,
Schleife u. Perlmutterknopf. Stück 6.95 5.25

Reiswollene Popelinekasaks

im großen Farbensortiment,
entzückend verarbeitet, St. 6.50

Praktische Kleiderröcke

aus eng gemusterten, guten
Strapazierstoffen, durchweg Stück 2.90 1.90

Gestreifte Frauenröcke

aus extra schweren, cheviotartig
gestreift, Strapazierstoffen,
vollweilt, Stück 4.95, 3.95 2.95

Plissé-Backfischröcke

reine Wolle, marineblau
Kammgarn-Cheviot, Stück 4.95

Kinder-Moltankittel und -Kleidchen

in rot u. blau, m. Handstück,
für 1-3 Jahre, durchweg Stück 1.95

Kinderkleidchen

in schönfarbigen Schotigen sowie
schwarz-weiß kariert, mit langem
Arm, für 1-3 Jahre Stück 1.95

Mädchen-Schulkleider

aus gutem Velour, in vielen Abst.,
mit langem Arm, für 5 bis
14 Jahre, für 5 Jahre St. 2.45
Jede weitere Größe 35 Pf. mehr.

Kinder-Flanellkleidchen

in grün, rot, blau, hell, vorwiegend
mit Kriemler bestickt und in neu-
schönen Ausführungen
durchweg Stück 3.75

Kinder-Mantelchen

aus bestem Tuch, Flanell und
Mocliné, sowie anderen Fascher-
stoffen, für 2-4 Jahre
durchweg Stück 5.95

Mädchen-Mantel

aus warmen Noppen und Flanell-
stoffen, für 5-14 Jahre
für 5-7 8-10 11-14 Jahre
Stück 4.50 3.90 7.50 mit

Unser

Inventur- Ausverkauf

beginnt morgen.

Wir wollen radikal räumen!

Deshalb bringen wir **ungeheure Massen**
guter und bester

Gebrauchs-Qualitäten

zu unerhört

niedrig kalkulierten Preisen

zum

Ausverkauf!

Eine Menge fabelhafter

Gelegenheitsposten

werden Sie außerdem in allen Abteilungen finden.

Kommen Sie also morgen zu uns
nach der Schmiedebrücke.

Besichtigen Sie unsere Fenster
und prüfen Sie ohne jeden Kauf-
zwang unsere Angebote.

Eine Sensation!

Wir kaufen das gesamte Fabriklager einer
bedeutenden Damen-Mantelfabrik, die nur gute
und beste hochwertige Ware herstellt und bringen

ca. 500 modernste

Damen-Wintermäntel

unter der Hälfte der regulären Preise

hergestellt aus den feinsten, eleganten Mantel-
stoffen Velour de laine, Velour travers, einfarbige
Flausche, Tuche, Moulinéflausch u. engl. gemusterten
und karierten Stoffen zum Teil mit Pelzkragen.

Serie I: Serie II:

früher ca. 20-25 Mk. früher ca. 25-30 Mk.

jetzt 8⁷⁵

jetzt 12⁵⁰

Serie III: Serie IV:

früher ca. 30-35 Mk. früher ca. 40-50 Mk.

jetzt 16⁵⁰

jetzt 24⁵⁰

Unglaublich billige
Lager- und Rest-Posten

**Herren- und
Knaben-Bekleidung**

Restposten **Knaben-Stoffanzüge**
a. gut Strapazierstoffen, teilw. z. An-
knöpf, m. Ueberkrag, größtent. hoch-
geschloss. Sportklassen, gute Verarb. f.
3-4 Jahre 5-6 Jahre 7-9 Jahre
4.50 5.50 6.50

Restposten **Knaben-Stoffanzüge**
f. 10-14 Jahre, aus dunkel- u. mittel-
farb. Strapazierstoffen, auch Noppen-
stoffe, offene Sportklassen, gute Verarb. f.
10-12 Jahre 13-14 Jahre
11.50 13.50

Restposten **Herren-Stoffanzüge**
moderfarb. u. gr. Noppenstoffe sowie
Nadelstreif, u. glattblau Stoffe ohne
Rücksticht auf den früheren Wert.
Serie I: Serie II: Serie III:
16.50 19.50 24.50

Restposten
Herren-Lodenjoppen
warm gefüttert mit Rückengurt.
Serie I: Serie II:
14.50 18.50

Restposten
Burschen-Lodenjoppen
mit Rückengurt und warmem Futter.
Serie I: Serie II:
12.50 15.50

Bozener Lodenmäntel
für Herren und Burschen, aus grün-
lichem Strichloden, Bozener Form.
für Burschen: für Herren:
9.50 12.50

**Herren-Zwirn- u.
Pilot-Hosen**
schwere Qualität Paar 3.25 3.95

Herren-Stoffhosen
schwere Qualität,
grau und braun gestreift Paar 6.75

**Herren-
Manchesterhosen**
Zwirnqualität, prima Ver- 9.75
arbeitung

Breecheshosen
gr. Noppen-5.00 modif. Trikot- 9.75
stoff Paar 5.00 kord Paar
aus pa. Manchester 10.90
Zwirnqualität Paar

Stoff-Leibchenhosen
aus besonders schönen, festen
Strapazierstoffen, für zirka 1.85
2 Jahre Paar
Jede weitere Größe 40 Pf. mehr.

Manchester-Leibchenhosen
gute Qual., für 2-3 Jahre Paar 3.50
Paar
Jede weitere Größe 40 Pf. mehr

Stoff-Kniehosen
für zirka 9 Jahre Paar 2.75
Jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

Manchester-Kniehosen
für 9 Jahre Paar 4.50
Jede weitere Größe 50 Pf. mehr.

Herren-Windjacken
alle Größen 9.50
durchweg 12.50

**Berufsmäntel
und Mäntel**
aus schwerem Rohwessel 4.75
hergestellt, durchweg Stück

Blauwe Mäntelblusen u. Hosen
pa. Kopersatin 4.25 Hose 4.25
Bluse Stück 4.25 Hose 4.25
aus pa. Haus- 3.25 Hose 3.25
tuch Stück 3.25 Hose 3.25

3 Posten
spottbillige warme **Father-Trikot-Schlüpfer**
aus schweren, bestmöglichen, mollig gestrickten Trikot-
Mäntelblüschern, verschiedenen Größen Paar 95 Pf.
Damen-Schlüpfer, schwere Qual., Paar durchweg 1.45
Damen-Schlüpfer, edelste Qual., Paar durchweg 2.45

12-16 Paar
geschw. schmale **Damen-Regenhosen**
aus gutem, unzerstörtem und leichtem Fasertrikot,
mit Seidenband, in allen Größen, mit Hosen-Fabrik-
falten, extra groß 2.75 stückliche andere 2.05
Paar 2.05



1 Posten **Kinder-Futter-Trikotanzüge**, zum Unter-
ziehen in guter, mollig angerauter Trikotqualität
Größe 60-70 80-90 100
Stück 1.45 1.65 1.85 2.05 2.25

Futter-Unterröcken, in ganz schwerer Qualität, teil-
weise mit kleinen Schönheitsfahnen
ohne Arm Stück 4.75, mit Arm Stück 1.95

Ein Posten buntfarbige **Kinder-Trikosportwesten**
in 4 Größen
Größe 2 3 4 5
Stück 2.75 2.95 3.25 3.50

Ein Posten buntfarbige **Damen-Trikosportwesten**
in 3 Größen durchweg Stück 4.75

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 15. Januar.

Frauen in der Gemeindeverwaltung.

Der Deutsche Städtetag hat an alle an ihn angeschlossenen Städte über 25 000 Einwohner durch Rundschreiben eine Anfrage über die Anzahl der männlichen und weiblichen Mitglieder der Gemeindekörperschaften gestellt.

Zeigt schon diese Uebersicht, wie wenig es bisher noch den Frauen gelungen ist, in wirklich leitenden Stellungen aufzutreten, so beweist auch die Statistik der ehrenamtlichen Mitglieder der Gemeindevertretung, daß auch dort die Frauen noch lange nicht die wirkliche Gleichberechtigung mit den Männern durchgesetzt haben.

Table with 4 columns: In preussischen Städten von, Einwohnerzahl, sind Mitglieder der Gemeindevertretung Männer, Frauen.

Bedeutend ungünstiger ist das Verhältnis für die Frauen in Bayern, wo auf alle bayerischen Städte über 25 000 Einwohner 476 Männer und nur 28 Frauen unbesoldete Mitglieder des Stadtrats sind.

Setzern für Fürsten.

Dem Verdienste keine Krone! In Mecklenburg-Strelitz mußten zwei Mätressen von Fürsten in den Ruhestand treten, weil „ihre Herren“ das Zeitliche gelehrt hatten.

Zwar haben sie ihr Leben hindurch nie gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet, dafür waren sie aber die Konkubinen von Fürsten.

Früher verkaufte der „christlich“ gesinnte deutsche Fürst seine „Landeskinder“ an die englische Regierung, die sie nach Nordamerika schickte, damit sie dort die Unabhängigkeitsbewegung niederzuschlagen sollten.

Diese Forderungen haben uns gerade noch geschadet. Wie muß man in „höchsten“ Kreisen über die je Republik urteilen, wenn man sagt, ihr damit zu kommen.

In nationalen Kreisen wird man selbstverständlich für diese Forderungen sein. So herzlich sind diese Stützen nicht, daß sie allein den „Monarchen“ die Taschen vollstopfen und ihre Setzern im Stiche lassen.

Für den „nationalgesinnten“ Spießbürger war das Konkludat am Hofe stets eine nützliche „vaterländische“ Einrichtung. Hatte der Fürst — so sagte er sich — Wohlgefallen an seinen Gräfinnen, dann war er in guter Laune, und in einer solchen Stimmung regierte er sein Land vortrefflich.

Mit Behmut werden manche Stahlhelmsoldaten jener herrlichen Zeiten gedenken, in denen der Unterrod am Hofe eine gewisse Rolle spielte.

Während der Revolution im Stummer geschlagen. Da soll jetzt wenigstens — so denkt der Monarchist — gezahlt werden.

Die Besatzung der „vaterländischen“ Sinne zu wirken verstehen. Sie sind fast durchweg äußerst fromm, leiten oblige Damentische oder Wohltätigkeitsvereine, in denen für arme Leidender Strümpfe gestrickt werden, die für den Bau neuer

Die besondere Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge.

1. Bekanntlich ist der steuerfreie Lohnbetrag vom 1. Januar 1926 ab auf monatlich 100 Mark erhöht worden.

II. Der steuerfreie Lohnbetrag im engeren Sinne, das Existenzminimum (60 Mark monatlich), ist auf Antrag zu erhöhen, wenn besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, welche die Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers wesentlich beeinträchtigen, und wenn das Einkommen 30 000 Mark im Jahre nicht übersteigt.

Das ist jetzt nicht mehr zulässig. Das Finanzamt soll durch eine in sein Ermessen gestellte Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages den besonderen Verhältnissen des einzelnen Falles besser Rechnung tragen können.

Auch der Pauschbetrag für Werbungskosten von 20 Mark monatlich ist auf Antrag zu erhöhen, wenn der Arbeitnehmer nachweislich, daß seine Werbungskosten den Betrag von 20 Mark jährlich oder 20 Mark im Monat übersteigen.

Ebenso ist bei dem Pauschbetrag für sogenannte Sonderleistungen eine Erhöhung auf Antrag möglich, wenn der Arbeitnehmer den Nachweis erbringt, daß seine Sonderleistungen den Betrag von 20 Mark monatlich oder 240 Mark jährlich übersteigen.

Kirchen Geld sammeln, die sich eingehend um das Seelenheil gefallener Mädchen kümmern, die sich für die Unterbringung von Fürsorgegehilfen aufs Land interessieren.

So ist unter nationalsozialistischem Bürgertum. Wenn es demnächst zum Vollentscheid kommt, dann wird es den Kampf „mit Gott, für König und seine Mätressen“ aufnehmen.

Politischer Bildungsturz der SPD. Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr, findet im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses die zweite Vortragsreihe der politischen Bildungsturne statt.

Einführung in die deutsche Behördenorganisation. Für die noch laufenden fünf Abende wird ein Beitrag von 75 Pfennigen erhoben.

Wichtig für Beamtenanwärter. Nach einer neueren Anordnung ist von dem am 1. April 1926 oder später in die Justizverwaltung eintretenden Beamten, die ihre Eingangsstellung von Besoldungsgruppe A 4 an aufwärts haben, bei Dienstantritt die Kenntnis der Einheitssturzschrift zu verlangen.

Neue Bestimmungen über die Veteranenbeihilfe. Nachdem die Veteranenbeihilfe auf 20 Reichsmark monatlich erhöht worden ist, hat sich, wie der preussische Minister des Innern in einem Rundschreiben ausführt, der Reichsfinanzminister damit einverstanden erklärt, daß mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober vorigen Jahres ab der Unterziehbetrag zwischen dem Militärversorgungsbetrag und der Veteranenbeihilfe allgemein dann bezahlt werden kann, wenn der Monatsbetrag der Militärversorgungsbetrag den Betrag der Veteranenbeihilfe von 20 Reichsmark nicht erreicht.

Invalidenversammlung. Am 4. Januar fand im Gewerkschaftshaus die Quartalsversammlung der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Breslau, statt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

einlagen und die Fortbildungsstellen dürfen allerdings nur bis zum Gesamtbetrag von 400 Mark jährlich berücksichtigt werden; dieser Betrag erhöht sich freiwillig für die Ehefrau und jedes minderjährige, nicht selbständig zu veranlagende Haushaltsmitglied um je 100 Mark.

Die Anträge sind bei dem zuständigen Finanzamt unter Vorlegung der Gründe und Angabe der Beweismittel einzureichen. Sie werden nach dem Erlaß des Ministers besonders schnell bearbeitet.

III. Besondere Vergünstigungen sind einzelnen Gruppen von Arbeitnehmern eingeräumt: erwerbstätigen Kriegsbeschädigten, die rentenberechtigt, also mindestens um 25 Prozent erwerbsbeschränkt sind, ist auf Antrag mit Rücksicht auf ihre besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse, ihre höheren Werbungskosten und Sonderleistungen eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags von 100 Mark monatlich um den Hundertsatz ihrer Erwerbsbeschränkung zulässig.

Bei den Zivilbeschädigten, also den nicht im Kriege Beschädigten (Empfängern von Sozialrenten, Militärenternern usw.), die in einem gegenwärtigen Dienstverhältnis stehen, werden im allgemeinen dieselben Gründe für eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags wie bei den Kriegsbeschädigten vorliegen.

IV. Im übrigen hat der Minister — abgesehen von der Berufsgruppe der Artisten, für die im allgemeinen die früheren Grundätze gelten — den Landesfinanzämtern die Aufstellung von Richtlinien für einzelne Arbeitnehmergeuppen über Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge überlassen.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Außerdem wurde bekanntgegeben, daß für die Mitglieder der freiwilligen Sterbefälle am 12. Januar eine Versammlung im selben Lokal stattfindet.

Die Umwandlung der Hauszinssteuer. Der Beirat der kommunalpolitischen Zentralstelle beim Parteivorstand hat sich mit dem preussischen Entwurf eines Gebäudefürsorgegesetzes beschäftigt.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt.

Veranstaltungen in der Woche
vom 15. bis 24. Januar.

Freitag, den 15. Januar:

Ortsverein Dömitz abends 7 Uhr. — Spielleute abends 8 1/2 Uhr
in der „Volkskammer“, wichtige Sitzung, zu der das Erscheinen
aller Kameraden unbedingt notwendig ist.

Sonnabend, den 16. Januar:

Ortsverein Tschansch, abends 7 Uhr, bei Peter in Gr.-Tschansch,
Appell.

Ortsverein Klein-Sägowitz, abends 7 Uhr, bei Seidel in Rad-
wanitz, Appell.

Freitag, den 22. Januar:

Ortsverein Herrmannsdorf, abends 7 Uhr, bei Gabriel in Arnolds-
mühl, Appell.

Sonntag, den 24. Januar:

Ortsverein Brodau, vormittags 9 Uhr, bei Adler, General-Ver-
sammlung.

Allen Kameraden wird es zur Pflicht gemacht, an den Ver-
anstaltungen teilzunehmen.

Den Republikanern von Dömitz zur besonderen Nachricht,
daß es der Ortsgruppenleitung gelungen ist, den Film „Der
Tag der Hunderttausend“ sowie die Besetzung des Reichsprä-
sidenten zu bekommen.

Die Filme laufen am Sonntag, den 17. Januar, in
der Volkshalle, nachmittags 5 Uhr für Schüler und
Jugendliche, um 7 Uhr für Erwachsene.

Da der Eintrittspreis, Schüler 10 Pf., Jugend und Erwerbs-
lose 20 Pf., Erwachsene 30 Pf., sehr niedrig ist, erwarten wir,
daß alle Republikaner von Dömitz und Ranzen und ihre Kinder
zu der Veranstaltung erscheinen. Der Bezirksleiter.

Heilworte Herrsprösch. Nach Jahresfrist brachte der von
früheren Konzerten in angenehmer Erinnerung stehende Chor-
meister, Herr Studentat Gebauer, den Elfenbein zu einem
Konzert nach Herrsprösch. Der Gesang der Gesänge ward ein
doppelter, da es Herr Studentat Gebauer unternahm, vor jedem
einzelnen Lied die Kranken durch launige Erklärungen mit dem
Inhalt der Lieder bekannt zu machen. Als Solisten hatten sich
in lebenswerter Weise die Konzertfängerin Fräulein Gerda
Hübner und Herr Hermann Pawlat in den Dienst der Wohl-
thätigkeit gestellt. Seiten ward den Kranken schon ein hochwichtiges
Geschenk zuteil, wie es die Sängerin durch ihre prächtige Mit-
stimme den Kranken bot, während Herr Pawlat durch einige Lieder
für Tenor sich lebhaften Beifall holte. Eine Blumenspende dankte
der Sängerin unter höchstem Beifall für ihre Gaben der Sanges-
kunst. Hatte der erste Teil mehr ernste Lieder zum Inhalt, kam
im zweiten das lustige Lied zum Wort. Der flotte Rhythmus
und die elegante Stadtführung des Dirigenten rissen natürlich die
Hörer mit, und mit Recht herrschte fröhliche Begeisterung im
Saale. Dieselbe ward Anlaß, daß Herr Gebauer vorsprach, später
mit dem gemächlichen Chor der Oberkassier wiederzukommen.
Darum rufen die Kranken ihm zu: Nur Wiedersehen, recht bald!

Matthäi a. d. D. Treibjagd. Ein unerwartetes Ergebnis
hatte die große Treibjagd der Gemeinde Majewitz in den ver-
gangenen Tagen. Von sechs beteiligten Schützen wurde „ein“
Hase geschossen. Jagdobjekt war Gashelbesitzer Rebe aus Kungen-
dorf, Kreis Trebnitz.

Matthäi a. d. D. Zunehmende Arbeitslosigkeit.
Wieder wird die Zahl der Erwerbslosen in unserem Ort wieder
erhöht, da die hiesige Zuderfabrik wieder achtzig Mann zum
16. Januar gekündigt hat. Trotz wiederholtem Wunsch der hiesigen
Gewerkschaft ist noch keine Aussicht zur Auszahlung der Er-
werbslosenunterstützung in Matthäi eingeleitet worden. Auch
mußte die nach dem Hase wieder einsetzende Schifffahrt durch
den eingestürzten Frost wieder eingestellt werden, da die Ober-
bereits Eis führt. Deswegen werden die Umschlagarbeiten im
hiesigen Hafen infolge des Frostes von neuem eingestellt werden
müssen.

Neumarkt. SPD. Die Parteimitgliederver-
sammlung findet am Sonnabend, den 16. Januar, abends
8 1/2 Uhr, im Galkhof „Zum Gelben Löwen“ statt. Das Erscheinen
aller Mitglieder ist zu der Generalversammlung unbedingt er-
forderlich. Eintrag erfolgt nur gegen Vorzeigung des Parteimit-
gliedsbuches.

**Neumarkt. Zentralverband der Arbeitssiva-
liden und Witwen.** Sonntag, den 17. Januar, nachmittags
2 Uhr, im Saale „Zum Gelben Löwen“ Generalversammlung.
Kein Mitglied sollte es veräumen, an der Versammlung teilzu-
nehmen. Mitgliedslisten sind mitzubringen.

Neumarkt. Graf zu Eibenburg-Sierum. Bisher
mehrere Gitter sowie der Zuderfabrik in Groß-Peterwitz (früherer
Landrat der Kreise Neumarkt und Löwenberg i. Schl.) befindet
sich in Konkurs. Die Forderungen seiner Gläubiger überreichen
den augenblicklichen Barwert seiner Besitzungen, so daß er den
Konkurs anmelden mußte, da es in der Gläubigerversammlung
zu seiner persönlichen Einigung unter den Interessenten gekommen
war.

Neumarkt. Ueberparteiliche Vorträge? Der
für Dienstag von der Reichszentrale für Heimatdienst, Landes-
abteilung Breslau, einberufene staatsbürgerliche Bildungsabend
hatte einen schwachen Besuch aufzuweisen. Dr. Wastke-Breslau
eröffnete den Abend. Er sprach über Ziel und Zweck der Reichs-
zentrale für Heimatdienst, referierte anschließend über das Thema

„Der Reichshausbau“ und schloß seine (überparteilichen?) Auf-
führungen mit dem Motto: „Daran los von Berlin, los von
Dames!“ Im zweiten Teil behandelte Oberlehrer Hartwig
Breslau das Thema: „Die wirtschaftliche Kräfteverteilung von
heute!“ Der gar nicht wenig beurteilende Kritiker fand heraus,
daß beide Herren in der Politik sehr weit rechts stehen. Von der
sogenannten „Ueberparteilichkeit“ sollte man doch nicht mehr
reden. Soweit wir wissen, ist unsere Partei in der Zentrale für
Heimatdienst ebenfalls vertreten. Die Herren, die sich um den
Abend besonders bemühten, sollten zu Vorträgen republikanischer
Behörden lieber Republikaner hierher herbei!

Aus Schlessen.

Strehlen. Zur Errichtung von Beipielswirt-
schaften genehmigte der neue Kreisrat in seiner ersten Sitzung
einen Betrag von 600 Mark. Die Anregung hierzu war von der
Landwirtschaftskammer ausgegangen und fand einstimmige Billi-
gung durch den Kreisrat.

Ströbel. Ortsverein der SPD. Sonntag, den
17. Januar, nachmittags, findet bei Herrn Gröbel in Ströbel
eine außerordentliche Versammlung statt. Tagesordnung wird
im Lokal bekanntgegeben. Jedes Mitglied hat die Pflicht, zu
erscheinen.

Ströhan. Wenn Arbeiter Hilfe suchen. Vor
einigen Tagen brannten in dem nahegelegenen Ströhan (bei
Jöbst) am Berge) den Arbeitern der Schiffsfabrik Gröbow
während die Schwelnefälle nieder. Obgleich auch die Mechen
von Kuhnau und Kalkowitz zur Stelle waren, konnten nur zwei
Schweine des Arbeiters Barick gerettet werden. Alles andere
kam in den Flammen um. Es waren Tiere von über zwei
Jahren darunter. Verstört waren die Leute nicht. So sind
den Nebenerwerbswerten ihre ganzen Ertragsfälle durch die Flammen
vernichtet worden. Das Feuer soll durch spielende Kinder ent-
standen sein. In der großen Not wandten sich die Geschädigten
an ihren Gutsherrn um ein kleines Almosen. Aber, o weh, die
Enttäuschung war groß, als sie durch trostlose Worte ermüdet
wurden, nur wieder so hilflos wie immer zu arbeiten und nach-
mals und abermals so viel zu sparen, so würde der Schaden
bedeutend sein. Ob nun die armen Familien mit ihren kinder-
reichen Familien dadurch gefügigt sind? Der Leser möge ent-
scheiden!

Strehlenberg i. Schl. Wegen eines ungewöhnlich
rohen Stillsitzensverbrechens wurde vom Kreis-
bezirks Schöffengericht der Landwirt Gustav Döhl aus Weilers-
dorf bei Kupferberg zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren
Ehrenverlust verurteilt. Die Verhandlung selbst fand unter Aus-
schluß der Öffentlichkeit statt. Nach Aussagen der Mütter des
zweijährigen neulichsten Mädchens soll mit diesem der Täter,
bei dem es in Stellung war, mehrere Male ein Stillsitzensver-
brechen begangen haben. Die Frau des Landwirts soll dies noch
gebührend und heftigst haben. Der Beizeite der Mitleid
des Stabschefs war, soll inzwischen ausgeschlossen worden
sein.

Strehlen. Mit Gas vergiftet hat sich in der Nacht zu
Dienstag ein 23jähriger Mann, wohnhaft Rauhwalder Straße 51.
Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Sanitäter mit
dem Sauerstoffapparat brachten nicht erst in Tätigkeit zu treten.

Strehlen. Zur Unterhaltung der Erwerbs-
losen stellte die letzte Stadtverordnetenversammlung vorläufig
1000 Mark aus dem Dispositionsfonds zur Verfügung. Diese
Zuwendung ist um so beschlieflicher, als die Stadt erst zu Weih-
nachten jedem Erwerbslosen eine Wirtschaftsheiligkeit zugewidmet
hat. Zum Bau der Landwirtschaftsschule gab der Magistrat eine
Beihilfe von 5000 Reichsmark.

Colet OS. Autounfall mit tödlichem Ausgang.
Auf der Chaussee Lubanowitz-Schönitz ereignete sich ein Un-
glücksfall, der leider tödlichen Ausgang nahm. Der Autoführer
A. Koesler fuhr den Diktator Schwarz aus Dannewitz auf
einer Gehsteigstraße in den Colet Kreis. Untermwegs — auf
oben genannter Straße — wurde dem Wagen über unwohl. Er
hielt an und ließ ab, um sich etwas zu erholen. Schwarz, der
Passagier, aber drehte den Motor an und fuhr, obwohl er mit
dem Mechanismus des Autos nicht vertraut ist und auch keinen
Führerschein hat, davon. Bald fuhr der unkluge Verkehr in
einen Baum. Er versuchte den Wagen herumzudrehen, wobei
dieser ins Schleudern kam und sich überschlug. A., der hinten
im Wagen saß, flog heraus, Schwarz aber kam unter das Auto
zu liegen und wurde derart verletzt, daß kein Tod bald eintrat.
Der Verstorbenen hinterläßt eine Witwe mit vier unvorzogen
Kindern. Koesler ist nicht ernstlich verletzt.

Colet OS. Saatenmarkt. Am 5. Februar dieses Jahres
findet im Hotel „Kronprinz“ auf Anregung der Landwirtschafts-
kammer Schlessen die im Vorjahre ein Saatenmarkt statt.

Januschkowitz, Kreis Colet OS. Ein Opfer des Un-
glücks mit der Hypnose. Ein kaum glaublicher Vorfall
ereignete sich kürzlich. Bei einem hier wohnenden jungen Mädchen
erhielt ein: Frauensperson und machte ihr unter aller möglichen
Versprechungen anstandslos, ihr folgen zu müssen. Nach den Aus-
sagen des Mädchens ist dieses von der Frauensperson in einem
hysterischen Zustand verurteilt worden. Sie habe in diesem
Zustand nach dem Willen der fremden Frauensperson einer ihr un-
bekannten Frau 175 Mark abgenommen und an die Fremde ab-
geliefert. In diesem Dämmerzustand ist das Mädchen nun Colet
bis Randau gefahren. Untermwegs wurde ihr ein Stück Zwie-
bad gereicht, worauf sie Rasenbräuen bekommen habe und bei
ihm ein mit Wirtin zu beschickendes Geschäft eintrat. Die un-
bekannte Frauensperson konnte bisher nicht ermittelt werden.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau, 2. Männerabteilung. Heute
abend findet nach dem Turnen bei Herrlich eine außerordentliche
Dankeabendeversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung
halber, ist es Pflicht eines jeden Spielers, zu erscheinen. Ganz be-
sonders wird vollständiges Erscheinen der Jugend erwartet. Die
Jugend hat ihre Leistungen mitzubringen.

Gau- und Bezirkskongress der Arbeiter-Kadefahrer.

Am Sonntag, den 17. Januar, hält der Gau 8 des Arbeiter-
Kadefahrer-Bundes „Solidarität“ in hiesigen Gewerkschaftshaus
seine diesjährige Gauversammlung und Bezirksleiter-Konferenz ab.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Gauvorsitzenden und der
Gauvorsitzenden. 2. Wie entstehen wir unsere Mitglieder im
Jahres 1928? 3. Die Bedeutung unserer Orts- und Provinzial-
Sportfeste. 4. Geschäftliches. Mitglieder der Breslauer
Ortsgruppe haben als Gäste Zutritt. Die Gauleitung.

Das Sechstagerennen in Berlin.

Am Donnerstag, abends um 10 Uhr, begann im Sportpalast
das 15. Berliner Sechstagerennen, die achte Veranstaltung dieser
Art in Berlin nach dem Kriege. Die 14 Paare, die an dem Rennen
teilnahmen, genossen alle internationalen Ruhm und hatten nahezu
jeden Beifall mit den besten Sechstagerennern der früheren
Berlinerzeiten aus. Die Teilnehmerliste für das Rennen um-
faßt folgende Namen: Mac Namara-Horan (Amerika), Jean-
Guar Debaets (Belgien), Dewolf-Cloeland (Belgien), Gir-
denzo-Giorgetti (Italien), R. und G. Raubenhove (Frankreich),
Salbow-Lorani (Deutschland-Italien), Behn-Rick (Deutschland),
Lauer-Kupat (Deutschland), Samal-Rollen (Deutschland),
Bauer-Gottlieb (Deutschland), Lewarow-Wöller (Deutschland),
Wittig-Galle (Deutschland), Kieger-Anaoppe (Deutschland), Stels-
brint-Langardt (Deutschland).

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem
Leserkreis, für die wir nur die vorübergehende Verantwortung übernehmen.
Die Redaktion.

Deutsche Treue.

Herrn K. J. Schmeißerstraße 13, Vorsitzender des Deut-
schen Arbeiterbundes, hat die Sterbegelder des Mitgliedes
Goldmann unterschlagen. Die Beiträge von je 40 Pfennigen
wurden von 600 Mitgliedern eingezogen, aber nicht ausgeschütet.
Über den Verbleib der 240 Mark möchten die Mitglieder gern
Auskunft haben. Ueber die Abschreibung der Mitgliedsbeiträge
herrscht ziemlich Dunkelheit. Wer trägt noch länger seine Gelder
in diese Quallen, wo der Arbeiterschaft außer dem Verlust des
Geldes noch andere Schäden zugefügt wird?
Wilhelm Wengler, Lange Gasse 40.

Wintlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krieger bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Mit großer Kraft hat von Italien her ein Gegen-
wind die Luft gegen die Kaltluft über Mitteleuropa eingefegt. Die
in der Höhe zunächst nur aus der Bewölkung erkennbare und
dann durch Flugzeugaufstiege bestätigte warme Luft hat vor
allem über Nordwestdeutschland stärkere Schneefälle verursacht.
In Schlessen trat in den lebhaften südlichen Strom im Krieger-
und Jergelberge ein intensives Föhnstadium ein (Krummhölz,
Ober-Schreiberhau und Hainberg hatten morgens — 2 Grad,
sonst in Schlessen — 10 bis — 15 Grad). Das Schien einer
Schneedecke wird auch bei uns tagsüber die Temperaturen etwas
über den Gefrierpunkt steigen lassen. Die noch von Süden
herkommende milde Luft bedingt anhaltend die Gefahr größerer
Schneefälle. Ausnahmen: mit Schneefällen auch in Schlessen vor-
übergehendes Tauwetter.

Bereinstalender.

District 16 veranstaltet am 16. Januar im „Bergeller“, Krieger-
straße 33, ein Wintervergnügen, meistert und un-
gestört, verbunden mit spanischen Polonaise und Ger-
lohnung. Prämierung der schönsten Damenmaske und der
originellsten Herrenmaske. Alle Genannten und Genossin-
nen, sowie die der Nachbardistricte sind hierzu freundlichst ein-
geladen. Um zahlreichen Zutritt bittet das Komitee.
Verband der Gattler, Lesezettel und Postleutchen. General-
versammlung Montag, den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Zimmer 7/8. Anwesend Gattler Engel,
Berlin. Wahl der Ortsverwaltung. Erscheinen Pflicht!
Die Ortsverwaltung.
Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.
Vahrgruppe der Maurer. Mittwoch, den 20. Januar, abends 7 1/2
Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, unsere
Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Wahl der Vor-
gruppenleitung. 2. Berichtendes. Es ist Pflicht eines jeden
Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Vahrgruppenleitung.
Parteilosler. Sonnabend, den 16. Januar, abends 7 1/2 Uhr,
Branchenversammlung im Zimmer 13 des Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: Vortrag, Branchenanliegenheiten. Die Kollegen
werden gebeten, vollständig zu erscheinen. Der Branchenleiter.

Gibt eure Anzeigen der Volkswacht.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme beim Heimgehen unseres lieben,
unvergesslichen Vaters sagen wir hiermit
allen werten Parteifreunden der Sozial-
demokratischen Partei, sowie seinen Kol-
legen der Linke-Hofmann-Luchhammer
Werke unseren tiefgefühltesten Dank.

**Walter Kalupke als Sohn
und Frau**

Alsenstraße 5
Fleischerei und Wurstfabrik 10204

Berichtigung.

In der Todesanzeige der Frau Martha Allmer
in der gestrigen Nummer der Volkswacht muß es
selbstverständlich heißen:
Der Meister und die Arbeitskollegen der Firma
L.H.L. Werke, Breslau, Betrieb III, Fr. u. Hb.

Landesbezirk Schlessen Bund Deutscher Architekten B. D. A.

**Ausstellung der Wettbewerbsentwürfe
für die Behauung des Elisabeth-Kirchplatzes
im Künstlerbundhause (Getreidehalle) am Christophoriplatz.**

Geöffnet: Montag, Mittwoch, Freitag von 10-6 Uhr
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend „ 11-8 „
Sonntag „ 11-2 „

Am Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet durch
die Ausstellung eine Führung durch Herrn Stadtbauinspektor
Behrendt und am Montag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
durch Herrn Oberbaurat Berger statt.

Eintritt freil! 10130

Alle Nähmaschinen kauft

höchstzahlend Wenzlers, Gröschener Str. 45.

**Größtes Breslauer
Frad-Verleih-Institut**
Schrod. v. Smoking-Anzüge, Gulden und
schwarzen Damentaschen, Paletots, Mäntel,
Kleider, Frad-Mäntel 10201
Hermann Mohaupt
zur Karstraße 1, 1. Etage (früher Albrechtstraße).

Fahrradpele

(Radpele) 25 Pf. Rad-
pele 35 Pf., zu beschaffen bei
Gerkers & Hey
Kupferstraße 21, I. Etg.
4-7 Uhr.

Rusten, Atemnot, Verschleimung

Schreie alle gern unvoll-
ständig, damit sie keine Zeh-
nen von ihrer Qual be-
leben. Ihre Medizin
ermöglicht. 10128
Walter Allmer
Hilfsstraße 10201

Billige Hasen!

Hasen-Rücken die 240
Hasen-Rücken die 240
(je 2 Stück) nur 550
Hasen starke, im Fell, Stück von 550 an
Wildkaninchen im Fell, starke von 1.70 an
Wildkaninchen gestreift, Stück von 1.30 an
Rehblätter Pfund nur 1.20
Starke Fasanhähne Stück von 3.00 an

E. Kretschmer

G. m. b. H.
Gegründet 1878 **Breslau** Telefon: Ring 554
Haupt-Geschäfts-Platz 44
Filiale: Krieger-Str. 2
Telegraphische Bestellungen werden sofort per Anle
zugewandt. — Preisliste Vermerk nach anfragen

Billiger Mittags- und Abendtisch

Mittelsstraße Nr. 59, 1.

In der
„Volkswacht“ haben
Stellen-Angebote

infolge ihrer großen Ver-
breitung in Arbeiter-
kreisen hohen
Erfolg

Gedruckte, 3-10 Pf.
Lippert, Schulstraße 16.

Stärke

und alle anderen
Koch- und Backwaren
Kaufmann, Gröschener Str. 21

Kleine Anzeigen

und alle anderen
Koch- und Backwaren
Kaufmann, Gröschener Str. 21

Sofort Geld!

Behant Rother
Albrechtstraße 43, 1.
Buchdruckerei Volkswacht

Genossen

Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht

Einheitsfront oder Spaltungsmanöver?

Auf dem Kongress der kommunistischen Partei Russlands hat es auch zu einer Auseinandersetzung über die internationale Einheitsfront der Gewerkschaften. Losowski hielt die übliche Manöverrede, worauf ihm Tomski, der Vorsitzende des Generalsrats der russischen Gewerkschaften, antwortete. Diese Antwort, die man vergeblich in der kommunistischen Presse Deutschlands suchen wird, ist so aufschlussreich, daß wir sie nach dem Bericht der „Pravda“ vom 3. Januar der Öffentlichkeit zugänglich machen. Tomski sagte:

Eine gewisse Zweideutigkeit klang aus der Rede des Genossen Losowski. Der allgemeine Ton dieser Rede war ungefähr der: Hier entwickelten sich „neue interessante Elemente“, dort kommen „komplizierte Kombinationen“ auf neuen Dingen zum Vorschein; es entwickelt sich eine linke Strömung auf der einen Seite und ebenso auf der anderen Seite, überall wächst die Einheitsfront. Das ist der Sinn der Rede des Genossen Losowski. Wir vereinigen nicht nur in der Propaganda eine große Menge Arbeiter, auch bei den Amsterdamer haben wir Millionen. Am Ende ist aber Amsterdams doch eine lächerliche Organisation.

Zwei gefährliche Linien gibt es bei dieser Frage. Die eine Linie ist die: der Versuch, unter der Flosse der Einheitsfront, indem man von Einheitsfront redet, die Politik auf der Linie der Spaltung zu führen und dabei anzunehmen, daß niemand das merken wird. Ungefähr so, als wenn wir uns hier als schlaue Männer verkleiden hätten — ich, Losowski und andere. Und auf der anderen Seite liegen die Schicksale, die Trauer und Duldung, die nichts von der ganzen Sache kapieren. Und bei den englischen Gewerkschaften sind die Führer — keine Kinder ungefähr im Alter des Genossen Krasnow, die auch nicht verstehen, wohin die Reise geht. Gleichzeitig redet aber Losowski: Einheitsfront, Einheitsfront und selbst

will er in Wirklichkeit spalten. Eine solche Politik wird nicht gelingen, eine solche Politik ist falsch und zweideutig, die Arbeiter müssen und verstehen das. Und wenn sie diese Sache wie ein Spaltungsmanöver durchzusehen wollen, gut, dann wollen wir uns darüber verständigen: Entweder treiben wir Agitation und eine solche Taktik, wie sie eine Zeitlang eingeschlagen wurde, oder bitte, reden wir wirklich ernst von der Einheitsfront in der Gewerkschaftsbewegung. Wir fällt dabei eine Erwähnung von Alexei Tolstoi ein, wo ein Kopejnik Kollegen erzählt, welche Wunder es in Moskau gibt: „Wenn der Abend kommt, dann fliehet in Moskau hinter der Krimbrücke ein kommunistischer Telegraphist auf eine große Eisenkranne und deckt die ganze Welt ab, überhaupt die ganze Erde.“ So eine Taktik hatten wir eine Zeitlang. Damals war es an der Tagesordnung, daß ich und Losowski nach der Zeit dieses Telegraphisten auf die Eisenkranne kletterten und die Reformen abdeckten, wobei wir nur das eine Ziel hatten, daß sie sich heulen machten.

mit uns eine gegenwertige Schimpferei anzufangen, und daß ihre Arbeiter auf diese Weise von uns hören möchten, sich dafür interessieren und daß wir sie so in Unterhaltung mit uns brachten.

Eine Zeitlang war diese Linie richtig; aber ist diese Taktik jetzt noch richtig? Nein, wir müssen uns klar und deutlich sagen: Für uns ist die richtige Politik augenblicklich die Einheitsfront eines internationalen Kongresses. Freilich, auch da dürfen wir uns nicht zu sehr festlegen. Man soll sich überhaupt in großen Fragen die Hände nicht binden lassen. Stellen Sie sich vor, was es bedeutet hätte, wenn der letzte Kongress uns die Hände gebunden und erklärt hätte: mit den englischen Gewerkschaften dürfen wir keine Beziehungen haben. Wir hätten nichts tun können. Und warum soll eine solche Möglichkeit ausgeschlossen sein? Wer könnte mir das beweisen? Wer die Welt sieht und vor linker Phrasen keine Angst hat, sondern die linke Sache versteht, der wird nachweisen, wenn wir genau überlegen, alles durchdenken, die internationale Situation abschätzen, zusammenstellen wieviel Anhänger wir und wieviel Anhänger unsere Feinde haben, daß wir auf Grund mathematischer Berechnung, auf Grund der Tatsache, wieviel Mitgliedsbeiträge von der einen oder anderen Seite gezahlt werden,

schließlich am Ende auch nach Amsterdams gehen müssen. Kann der Kongress etwa das ablehnen, kann er etwa sagen: unter keinen Umständen, niemals? Ein Bolschewik wird so nicht urteilen. Ich werde zum Teufel, zum Teufel nach Rom gehen und ich werde hingehen, wohin es nötig ist, wenn das die Interessen der Arbeiterklassen erfordert. (Das ist ja noch schlimmer als Arbeitsgemeinschaft. Die Red.) So urteilen wir über diese Sache. Nach meiner Meinung ist die erste Aufgabe in der Propaganda und in der Komintern: zur Erfüllung und Sicherung der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung müssen wir unsere zuverlässigen Anhänger innerhalb der Gewerkschafts-

bewegung aller Länder haben. Sie dürfen nicht isoliert sein wie in Frankreich. Die französischen reformistischen Verbände kommen zur Einheit. Sie organisieren besondere Konferenzen, sie wenden sich an das englisch-russische Komitee, aber aus irgendeinem Grunde fanden sie keine gemeinsame Sprache mit den französischen Komintern. (Zuruf Losowski: Das ist nicht wahr!) Als Mitglied des englisch-russischen Komitees und als Vorsitzender der russischen Sektion dieses Komitees bekam ich einen Brief, und hier gibt es eine ganze Reihe von Mitgliedern, die ihn gelesen haben. (Zuruf: Diesen Brief haben die Kommunisten geschrieben.) Wenn ich mich irren sollte, bin ich bereit, mich zu jeder gewünschten Zeit zu entschuldigen. Aber ich und alle Mitglieder des Präsidiums, die im Ausland waren, haben denselben Eindruck, daß bei der Erörterung der reformistischen Gewerkschaften die Sache genau so vor sich geht wie in der Oper: sie stehen auf der Bühne und singen feurige Lieder: Einheit der Gewerkschaften, Einheit der Gewerkschaften. Und dabei bleibt alles beim alten.

Selbstverständlich ist die Lage schwierig und kompliziert. Aber unmisslich kann man solche Lösungen vorschlagen, wie Losowski. Wenn er sie vorschlägt, so ist das bis zu einem gewissen Grade verständlich. Er steht nun einmal an der Spitze der Propaganda und leitet die Dinge unter dem Gesichtspunkt und den Interessen der Propaganda.

Bemerkenswert an der Rede von Tomski ist, daß er nicht nur das Spaltungsmanöver von Losowski ausweist, sondern daß er im Gegensatz zu Losowski für die Einheitsfront, für die Einigung mit der Gewerkschaftsinternationale, eintritt. Das war bekanntlich nicht immer so. Auf den früheren Kongressen hatte Tomski denselben Standpunkt vertreten, den Losowski heute noch einnimmt. Auch er hat erklärt, daß er nicht daran denkt, sich mit den „Reformisten“ der Amsterdamer Internationale zu einigen, und daß er gegen die Einheitsfrontparole entschieden Stellung nehmen würde, wenn sie ernst wäre.

Inzwischen hat Tomski umgelernt. Er hat festgestellt, daß die Amsterdamer Internationale die klassenbewußte Arbeiterkraft in ihren Reihen zählt, während die Spaltungsorganisationen der Kommunisten, die sie und ra beistehen, nur kleine Söldner sind, die für den Gewerkschaftskampf keinerlei Bedeutung haben. Er hat weiter festgestellt, daß das Einheitsfrontmanöver der russischen Bolschewisten nicht gezogen hat. Er hat festgestellt, daß die russische Gewerkschaftsbewegung, indem sie sich unter die Fuchtel der „Komintern“ und „Propaganda“ begeben hat, sich in Wirklichkeit von der internationalen Gewerkschaftsbewegung isolierte. Diese Isolierung empfinden die russischen Gewerkschaften um so drückender, als sie nur über ein geringes Maß von gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Erfahrung verfügen und unter schwierigen Verhältnissen zu kämpfen haben.

Die Schwierigkeiten, mit denen die russischen Gewerkschaften zu kämpfen haben, können wir in Westeuropa kaum abschätzen. Die industrielle Entwicklung Russlands steht noch in den Anfängen. Es gibt dort keinerlei politische oder gewerkschaftliche Freiheit. Es gibt nur eine Diktatur eines Staatskapitalismus. Es kommt hinzu, daß die russische Arbeiterkraft in ihrer großen Masse sich aus Analphabeten zusammensetzt, denen jede politische und gewerkschaftliche Tradition noch fehlt. Dazu kommen die ungeheuren Ausdehnungen des Reiches und die Schwierigkeiten des Verkehrs. Es gibt daher keine Gewerkschaftsorganisation der Welt, die so sehr der internationalen Solidarität und des internationalen Zusammenarbeitens bedarf, wie die russische.

Bisher haben die bolschewistischen Machthaber durch allerlei Manöver und Märchenergählungen die russischen Gewerkschaften hinzuhalten vermocht. Die Wirkung dieser Märchen scheint nun zu Ende zu gehen. Wir haben keine Möglichkeit, und im übrigen auch nicht die Absicht, die innere Entwicklung Russlands zu beeinflussen. Wir möchten hier nur zum Schluß ausdrücklich erklären, daß die Gewerkschaften der ganzen Welt, die im internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen sind, den Tag freudig begrüßen werden, an dem auch die russischen Gewerkschaften dem IGB angehören werden. Bis dahin kann dieser aber nicht anderes tun, als wie bisher die Tore weit offen zu halten für die russischen Gewerkschaften.

Wirtschaft.

Eine Welttabelle der Staatsschulden.

Von D. P. Austin, Statistiker der National City Bank of New York.

Die National City Bank hat auf Grund zuverlässiger, zum großen Teil amtlicher Quellen eine vergleichende Uebersicht der Staatsschulden von 27 Hauptländern für die Jahre 1913, 1919 und 1925 angefertigt, wobei innere und auswärtige Schulden zusammengefaßt sind; die Tabelle gibt das folgende anschauliche Bild:

| Land | Währung | 1913 | 1919 | 1925 |
|-----------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------------|
| Ägypten | Ägypt. Pfund | 94 209 000 | 93 838 000 | 92 370 000 (1924) |
| Argentinien | Papier-Pesos | 1 207 950 000 | 1 285 245 000 | 1 321 434 000 (1923) |
| Australien | Pfund Sterling | 2 945 000 000 | 3 255 784 000 | 4 153 000 000 |
| Belgien | Franc | 3 739 000 000 | 12 964 000 000 | 42 043 500 000 |
| Bolivien | Bolivianos | 49 751 000 | 88 869 000 | 139 051 000 |
| Canada | Dollars | 483 000 000 | 2 679 655 000 | 2 417 000 000 |
| China | U. S. Dollar | 989 189 000 | 943 300 000 | 1 042 639 000 |
| Cuba | Dollars | 67 040 000 | 83 699 000 | 100 146 000 |
| Dänemark | Kronen | 360 880 000 | 603 290 000 | 2 045 000 000 |
| Deutschland | Reichsmark | 75 017 000 000 | 156 092 000 000 | 2 816 000 000 |
| Frankreich | Franc | 32 881 000 000 | 147 472 000 000 | 286 174 000 000 |
| Grbritannien | Pfund | 716 238 000 | 7 481 000 000 | 7 707 500 000 |
| Indien | Pfund Sterling | 303 631 000 | 456 294 600 | 781 000 000 |
| Italien | Lire | 15 135 000 000 | 79 410 000 000 | 113 000 000 000 |
| Japan | Yen | 25 455 071 000 | 25 890 000 000 | 4 625 000 000 |
| Mexiko | Pesos | 445 328 000 | 636 700 000 | 1 057 000 000 |
| Neuseeland | Pfund Sterling | 87 457 000 | 176 076 000 | 415 000 000 |
| Niederlande | Gulden | 1 156 000 000 | 1 850 646 000 | 3 289 000 000 |
| Norwegen | Krone | 362 743 000 | 1 068 000 000 | 1 645 000 000 |
| Oesterreich | Krone | 7 467 000 000 | 83 279 000 000 | 155 000 000 000 |
| Polen | Zloty | 57 400 000 000 | 32 339 000 000 | 17 433 500 000 |
| Rußland | Rubel | 8 846 000 000 | 10 866 000 000 | 17 433 500 000 |
| Schweden | Krone | 362 743 000 | 1 068 000 000 | 1 645 000 000 |
| Schweiz | Franc | 1 222 951 000 | 1 064 457 000 | 2 053 947 000 |
| Spanien | Pesetas | 9 400 361 000 | 10 285 985 000 | 11 737 999 000 |
| Tschecho-Slow. | Korona | 49 129 000 000 | 26 329 000 000 | 26 329 000 000 (1922) |
| Zerein. Staaten | Dollars | 1 193 665 000 | 25 672 600 000 | 20 446 000 000 |

Die Gründung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. vollzogen.

Essen, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die zwischen den Thyssen-Werken, der Phönixgruppe, der Rheinisch-Westfälischen A.-G. und der Rhein-Elbe-Union einschließlich der Deutsch-Luxemburger A.-G. geführten Fusionsverhandlungen haben am Donnerstag zu der Gründung der Vereinigten Stahlwerke A.G. geführt. Damit kann die Bildung des sogenannten Montantruffs als vollzogen betrachtet werden. Beachtenswert ist, daß es sich bei der Erziehung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. um eine vorbereitende Gründung handelt. Jedoch ist mit dieser Gründung die Quotenfrage erledigt und damit die Hauptschwierigkeit für die Entstehung des Montantruffs aus dem Wege geräumt. Ueber die Schwierigkeiten der Fusionssteuer glaubt man dadurch hinwegkommen, daß die Regierung sehr wahrscheinlich in eine rationelle Abwälzung der Steuer einwilligen wird.

In der Quotenfrage selbst hat sich Gelsenkirchen durchgesetzt. Es entfallen auf die Rhein-Elbe-Union 30 1/2 Prozent, auf Thyssen und Phönix je 28 Prozent und auf Rheinisch 8 1/2 Prozent. Im übrigen ist auch der bereits bekannte Plan über die Einbringung der einzelnen Werke im großen und ganzen unverändert geblieben, das heißt die beteiligten Konzerne werden nur diejenigen Werke in den Montantruff einbringen, die für den Produktionsgang von Bedeutung sind. Außerdem werden die Kosten der Rheinischen Stahlwerke A.-G. außerhalb des Truffs bleiben. Die Regelung geht auf die bekannte Verbindung der Rheinischen Stahlwerke mit dem J. A. Farbenkonzern zurück. Bekanntlich beliefert die Rheinische Stahlwerke A.-G. den Farbenkonzern mit Steinkohle. In diesem Verhältnis soll auf Ansehen des Farbenkonzerns nichts geändert werden, jedoch der Grubenbesitz der Rheinischen Stahlwerke A.-G. selbständiger Besitz bleibt.

Die Regelung sieht für die neugegründeten Vereinigten Stahlwerke ein Kapital in Höhe von 50 000 Mark vor. Die Kapitalaufhebung für den eigentlichen Truff steht noch nicht fest. Bedeutung hat für diese die zwischen amerikanischen Firmen und Gelsenkirchen noch schwebende Verhandlung über einen 25 Millionen-Dollar-Kredit.

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Vereinigten Stahlwerke A.-G. ist der alte Sachratschef von Gelsenkirchen und Gründer des Kohlenindustrials Geheimrat Emil Rixdorf. Dem Aufsichtsrat gehören an Erik Thyssen (Thyssen-Werke), Generaldirektor Wöhrler (Deutsch-Luxemburger), Generaldirektor Kahnenhorst (Phönix) und Generaldirektor Hahnenhorst (Rheinisch). Der Vorstand wird durch die Direktoren Rabes (Thyssen), Direktor Fuschau (Gelsenkirchen) und Direktor Poensgen (Phönix) gebildet.

Der Kuhlitz-Konzern beantragt Geschäftsaufsicht.

Die Kuhlitz-G. m. b. H., Saarau, hat infolge Zahlungsunfähigkeit, die durch schlechte Dispositionen des Leiters der Saarauer Finanzverwaltung entstanden sind, Geschäftsaufsicht beantragt. Die Firma Kuhlitz wurde vor etwa 80 Jahren mit dem Hauptstift in Ida- und Marienhütte gegründet und stellt einen der größten schlesischen Privatkonzerne dar, dessen Tätigkeitsfeld hauptsächlich in Nieder-Schlesien liegt. Der Hauptgeschäftszweig besteht im Kohlenhandel, daneben besitzt der Konzern eine Maschinenfabrik, eine Mühle und andere Anlagen, sowie Aktienbeteiligungen bei mehreren großen Unternehmungen. Hauptunternehmen sind einige niederschlesische Gruben, die Kohlen- und Reibereifirma Emanuel Friedländer, sowie einige Banken. Der Leiter, Generaldirektor Dr. Treutler, wurde entlassen.

Die Landbank A.-G. geht unter Geschäftsaufsicht.

Der Einheitschef der deutsch-nationalen Presse, Herr Hagenberg, hat sich endlich entschlossen, seine berüchtigte Landbank A.-G. für die Geschäftsaufsicht reif zu erklären. Der entsprechende Antrag ist am Mittwoch gestellt worden. Man hofft aber immer noch, daß die schwebenden Verhandlungen mit der preussischen Regierung zu einer Übernahme der in Hagenbergs Besitz befindlichen Landbank-Aktien führen wird. Andernfalls dürfte der Konkurs wohl unvermeidlich sein. Das Schicksal der Landbank, an der Hagenberg ebenfalls maßgebend beteiligt ist, ist vorläufig noch unbestimmt.

Umwandlung der Preußag.

Der Preussische Berg und Hütten-A.-G. (deren Aktien im Eigentum des preussischen Staates sind) soll nunmehr das Eigentum an den staatlichen Bergwerken und Hütten übertragen werden. Bisher war sie eine reine Betriebsgesellschaft, welche zu großen Bilanzschwierigkeiten geführt hat, sobald die Gesellschaft zu Investierungen freigegeben wurde; an denen das Eigentum automatisch dem Staate zufällt. Die Uebertragung würde an sich erhebliche Steuererlässe veranlassen, doch soll der Finanzminister grundsätzlich zu Entgegenkommen bereit sein.

Der Verband für das Geschäftsjahr 1925/26 der Vorkaufvereinigung in Bismarck, das am 30. September 1925 endete, soll eine Dividende von 10 Prozent verteilt werden (i. H. 8 Prozent). Die Geschäftsaufsicht unterhält bekanntlich eine größere Niederlage in Bismarck.

Fürsorgerische Tätigkeit in deutschen Fabriken.

Nur noch 80—100 Betriebe beschäftigten Wohlhabensplegerinnen. Die Methoden des englischen „Welfare Work“, d. h. die Einrichtung einer besonderen Fabrikabteilung, der die Sorge für die in der Fabrik Arbeitenden obliegt, oder des im gleichen Sinne tätigen amerikanischen „Personnel Work“ haben in der deutschen Industrie nicht Wurzel schlagen können. Im November 1918 gab es in 1258 Betrieben mit etwa 800 000 Arbeitnehmern 745 Fabrikplegerinnen. Im Jahre 1925 wird nur noch von etwa 80—100 Betrieben angegeben, daß sie Wohlhabensplegerinnen beschäftigen. Unter diesen dürften, wie Dr. Franz Wunderlich in der „Sozialen Praxis“ bemerkt, auch manche Krankenschwestern mitgerechnet sein, denen neben ihrer Pflegepflicht nur wenig Zeit zu fürsorgerischer Betätigung übrig bleibt. Die Wirtschaftskrise und der soziale Kampf, den die Unternehmer durch Festsetzungen nicht beirren lassen zu können glauben, haben dieses Produkt des angelsächsischen Wirtschaftslebens in Deutschland nicht zur Entwicklung kommen lassen.

Die Arbeitslage im Dezember 1925.

Das Reichsarbeitsministerium teilt entsprechend den getragenen Arbeitslosenziffern für den Monat Dezember 1925 eine weitere Verschlechterung des Beschäftigungsgrades mit. Von den für die Erhöhung in Frage kommenden inländischen Betrieben mit über 2 Millionen Arbeitern und Angestellten haben 8860 Betriebe mit 1 477 248 Arbeitern und Angestellten Angaben über den Beschäftigungsgrad gemacht. Daraus waren 60 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter und Angestellten im Monat Dezember 1925 beschäftigt (im November 1925 52 Prozent, und im Dezember 1924 rund 31 Prozent). Beschäftigt waren im Dezember 1925 nur 26 Prozent gegenüber 30 Prozent im November 1925 und 40 Prozent im Dezember 1924. Der Prozentsatz der gut beschäftigten Arbeiter und Angestellten hat sich von 18 Prozent im November 1925 auf 15 Prozent im Dezember 1925 gelichtet. Er betrug im Dezember 1924 aber 28 Prozent. Die Auslastung für die 14 Tage nach dem 20. November 1925 werden von den 8860 Betrieben dahin bezeichnet: Schlecht beschäftigt 84 Prozent, befriedigend beschäftigt 24 Prozent und gut beschäftigt 11 Prozent.

Kommunistische Niederlage.

Eine empfindliche Niederlage haben die Kommunisten bei der Wahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Gelsenkirchen, wo sie bisher die führende Rolle spielten, erlitten. Es gelang der Amsterdamer Richtung mit 429 Stimmen den Sieg über die Kommunisten zu erringen, die 304 Stimmen aufbrachten. Mit dem Ergebnis der Wahl scheiden die gesamten kommunistischen Beamten aus der Ortsverwaltung aus.

Neue kommunistische Führer auch in Amerika.

Der General und ehemalige Präsidiumsmitglied der amerikanischen Kommunisten, William Foster, ist laut Nachrichten des Internationalen Arbeitervereins abgesetzt worden. An der Spitze der Exekutive der Arbeiterpartei, deren Mitgliedschaft die mehrheitliche Gruppe Foster verdrängt, und jedenfalls ein besseres Rezept für die Herbeiführung der Revolution in Amerika gefunden hat, steht nun ein gewisser B. Green, der vor einigen Monaten mit einer Zauberformel Sinowjews in Amerika eintraf und die Arbeiterpartei im Sturm eroberte.

Die kommunistische Garniturwechsel-Epidemie reicht also über den Ozean. Der Umsturz vollzog sich nach bewährtem Muster, indem Green den Foster ersetzte, den Foster in der Exekutive zu „Liquidieren“. In diesem Sinne wurde eine Parteikommission ernannt, in der die Majorität (Foster) und die Minorität (Ruthenburg) vertreten waren. Green verfügte, daß die Minorität der Exekutive der Arbeiterpartei nicht mehr angehören darf. Dieser wird nun wahrscheinlich mit seiner Majorität selbst einen Laden aufmachen und keine speziell auf die Herbeiführung der Gewerkschaften gerichteten Anstrengungen fortsetzen, es sei denn, daß durch die Niederlage Sinowjews in Russland seine „Sache“ nach einigen Räumungen wieder als die richtige anerkannt wird.

Kurzarbeit auch in der englischen Baumwollindustrie.

Meldungen aus Manchester zufolge beschloß der zuständige Ausschuss der Baumwollindustrie in Lancashire, die Arbeitszeit um einen weiteren Arbeitstag von sechs einwärts zu verschieben. Diesem wird die Arbeitswoche für die Baumwollindustrie auf 27 1/2 Stunden beschränkt werden. Davon wurden etwa 150 000 Arbeiter betroffen werden.

